

Justus-Liebig-Universität Gießen  
Fachbereich für Sozial- und Kulturwissenschaften  
Institut für Politikwissenschaft  
Lehrforschungsprojekt: „Internationales Konfliktmonitoring“  
Leitung: Dr. Hanne-Margret Birckenbach

WS 2010/11

# **Der Kosovo-Konflikt**

## Analyse und zivilgesellschaftliche Lösungsperspektiven

Verfasst von Johannes Rüger und David Schmidt.  
Kontakt: [johannes\\_rueger@hotmail.com](mailto:johannes_rueger@hotmail.com)

Einleitung .....	3
Die Tiefenstruktur des Kosovo-Konfliktes .....	5
Kosovo in der Geschichte des Balkans – Der serbisch-albanische Gegensatz bis 1945.....	5
Der moderne Kosovo-Konflikt - Konfrontation und Unterdrückung bis 1989.....	7
Eskalationsentwicklung – Der Weg in den Krieg.....	8
Serbische Vormacht und albanischer Separatismus in Kosovo – 1989 bis 1999 .....	8
Ausbruch der Gewalt und internationale Intervention .....	11
Koexistenz unter internationaler Verwaltung – 1999 bis 2008.....	13
Internationale Bedeutung des Kosovo-Konfliktes .....	15
Akteure .....	18
Widersprüchliche Interessen am Beispiel der Statusneutralität.....	23
Ziele und Interessen der Akteure .....	25
Hindernisse und Chancen für den Frieden .....	27
Hindernisse für den Frieden .....	27
Chancen für den Frieden.....	31
Zukunft des Konflikts.....	34
Handlungsempfehlungen .....	36
Anhang .....	46
A. Karte der ethnischen Verteilung in Kosovo .....	46
B. Das Konfliktstufenmodell nach Glasl .....	47
Quellen .....	48
Impressum .....	51

## Einleitung

Dieses Dossier behandelt den Konflikt um das Gebiet Kosovos. Es umfasst eine Fläche von 10.887 km<sup>2</sup> mit einer Bevölkerung von ca. zwei Millionen Menschen. Nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung von 1991 sind von ihnen 92% Albaner und 5,3% Serben, die hauptsächlich den Norden Kosovos bewohnen. Die restlichen 2,7% Prozent entfallen auf die verschiedenen Minderheiten, die sich aus Ägyptern, Roma,



Abbildung 1: Karte Kosovos (BBC 2010)

Ashkali, Türken, Bosniaken und Goranen zusammen setzen<sup>1</sup>. Im Februar 2008 erklärte die serbische Provinz Kosovo ohne Einverständnis des serbischen Staates ihre Unabhängigkeit. Diese wurde bis April 2011 von 75 Staaten anerkannt, ist aber weiterhin umstritten. Der Konflikt hält an. Er wird hauptsächlich zwischen den Volksgruppen der Albaner und Serben in Kosovo<sup>2</sup> sowie ihren politischen Repräsentanten ausgetragen. Akteure sind auch die serbische Regierung in Belgrad und die kosovarische in Prishtina, sowie verschiedene internationale Akteure, die seit dem Krieg 1999 mit unterschiedlichen Missionen in Kosovo aktiv sind. Im Konfliktbarometer 2010 des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung (HI- IK) wird der Konflikt als ein Sezessionsstreit zwischen der kosovarischen Regierung und der serbischer Zentralregierung bezeichnet, der seit 1989 anhält und sich noch immer auf dem Niveau einer Krise befindet<sup>3</sup>, d.h. in einem Spannungszustand, bei dem mindestens eine Seite vereinzelt Gewalt anwendet.

Auch 2011 befindet sich Kosovo noch in einem Schwebезustand: Die Unabhängigkeitserklärung war einseitig – die serbische Regierung erkennt diese Unabhängigkeit nicht an. Die Frage nach dem Status Kosovos überlagert jedoch nur ein grundsätzlicheres Problem: Es gibt keinen Dialog zwischen den Bevölkerungsgruppen der Serben und Albaner in Kosovo. Ihre Beziehung ist stattdessen durch die gegenseitige Unterdrückung geprägt, welche von der Gruppe, die sich in einem Zeitraum der Geschichte jeweils an der Macht befand, über die

<sup>1</sup> Statistisches Amt Kosovo (2010). Diese Zahlen sind jedoch unzuverlässig, da sie die Folgen von Krieg, Vertreibung, Abwanderung und Sezession noch nicht berücksichtigen. Vgl. auch Sydow 2010.

<sup>2</sup> Im Folgenden werden mit Albaner und Serben stets die Anteile dieser Bevölkerungsgruppen in Kosovo gemeint, soweit nicht explizit anders vermerkt.

<sup>3</sup> HIIK (2011), S. 21f.

unterlegene ausgeübt wurde. Mal fühlten sich die Serben, mal die Albaner in Kosovo marginalisiert. Die Wahrnehmung der eigenen Unterdrückung und Ohnmacht mündete immer wieder in Gewaltakte. Seit dem Krieg in Kosovo im Jahr 1999 sind solche Gewalthandlungen von der durch die UN eingesetzten Verwaltung größtenteils verhindert worden. Bei konkreten Anlässen, zum Beispiel im Fall von kontroversen politischen Entscheidungen, kommt es aber immer noch zu Ausbrüchen von Gewalt.

Somit lässt sich der jetzige Konflikt nicht dauerhaft lösen, ohne das Verhältnis zwischen beiden Ethnien zu verbessern.

Gegenstand dieses Dossiers ist daher die Frage, wie die Spirale von Gewalt und Unterdrückung durchbrochen und ein Dialog zwischen den Bevölkerungsgruppen entstehen kann. Auf dem Weg dorthin muss eine dauerhafte Normalisierung der Beziehungen unabhängig von der Statusfrage erreicht werden. Nur so kann der Konflikt um den Status unterhalb der Gewaltschwelle ausgetragen und schließlich gelöst werden.

Dieses Dossier ist im Rahmen der Arbeit der Gießener Monitoringgruppe<sup>4</sup> entstanden. Es soll dabei helfen, den Konflikt in Kosovo aus einer neuen Perspektive wahrzunehmen und aufzeigen, was unter den heutigen Bedingungen im Sinne der zivilen Konfliktbearbeitung getan werden kann, um dauerhaften Frieden innerhalb Kosovos und zwischen ihm und seinen Nachbarn zu stiften. Es soll zeigen, was geschehen muss, damit in Zukunft auftretende Konflikte ohne Einsatz von Gewalt gelöst werden können. Dazu ist es notwendig, die vielfältigen Bedürfnisse und Interessen der Konfliktparteien auch in ihrem Alltag wahrzunehmen und anzuerkennen. Die konkreten Handlungsempfehlungen sollen zeigen, wie dies gelingen kann.

Sie richten sich an nationale aber auch an internationale Akteure, vor allem aber an die Zivilgesellschaft.

Als Mitglied der vor Ort tätigen internationalen Organisationen und durch das direkte Engagement in Kosovo ist Deutschland auf vielfache Weise in den Konflikt involviert. Hier hat die Bundeswehr ihren ersten Kampfeinsatz geführt, der noch heute sowohl hinsichtlich seiner Legitimität wie auch der politischen Folgen in Deutschland kontrovers beurteilt wird.

Die Deutsche Botschaft in Prishtina bezeichnet Deutschland als den innerhalb der EU wichtigsten Handelspartner Kosovos und als mögliches Ausgangsland für ausländische Direktinvestitionen<sup>5</sup>.

Außerdem lebten in Deutschland im Jahr 2009 in Deutschland ca. 900.000 Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien, davon 250-350.000 aus Kosovo<sup>6</sup>, die sich für die Entwicklungen in

---

<sup>4</sup> Gießener Monitoringgruppe (2010).

<sup>5</sup> Deutsche Botschaft Prishtina (2010).

der Region interessieren. Teilweise sind sie inzwischen deutsche Staatsbürger, teilweise sollen sie nach dem Wunsch der deutschen Regierung zurückkehren.

Zusätzlich wird die Anfang des Jahres 2010 begonnene „Rückführung“ von Roma, die seit den 1990er Jahren nach Deutschland geflüchtet sind, in Deutschland kontrovers diskutiert. Roma, die während des Krieges nach Deutschland geflüchtet sind, müssen seit 2010 nach Kosovo zurück kehren, obwohl ihre Zukunft dort ungeklärt ist und sich ihre Lebenssituation verschlechtern kann. Der Menschenrechtskommissar des Europarates kritisierte Deutschland 2009 für die geplanten Abschiebungen, genauso wie Flüchtlingsorganisationen.<sup>7</sup>

Zuletzt streben sowohl Serbien als auch Kosovo einen EU-Beitritt an und die Beilegung des Konflikts ist eine Voraussetzung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen.

## **Die Tiefenstruktur des Kosovo-Konfliktes**

### **Kosovo in der Geschichte des Balkans – Der serbisch-albanische Gegensatz bis 1945**

Um den Konflikt in Kosovo verstehen zu können, ist es notwendig, sich die historischen Gegebenheiten vor Augen zu führen. Erst vor diesem Hintergrund wird der Kampf um die politische Vormachtstellung, den Serben und Albaner über Jahrhunderte hinweg führten, nachvollziehbar. Der gewalttätig ausgetragene Streit um das Territorium Kosovos beginnt lange vor dem 20. Jahrhundert.

Zwischen dem 14. und 20. Jahrhundert standen Serbien und Kosovo unter osmanischer Herrschaft. In dieser Zeit wurden Konflikte zwischen den Volksgruppen durch das Millet-System überlagert. Die Vorgeschichte des Konflikts reicht zurück bis zur „Schlacht auf dem Amselfeld“, einer Ebene im Südosten Kosovos, im Jahr 1389. In dieser Schlacht standen sich osmanische Truppen und eine Allianz aus serbischen und bosnischen Truppen unter Führung des serbischen Fürsten Lazar gegenüber<sup>8</sup>. Zwar unterlag das serbische Heer den osmanischen Truppen, doch die serbische Lesart der Geschichte sieht die Schlacht und speziell den Märtyrertod des serbischen Fürsten Lazar als „heldenhaftes Opfer“ zu Gunsten des christlichen Europas, um den osmanischen (muslimischen) Vormarsch zu stoppen. Seit dieser Zeit sehen die Serben Kosovo als Wiege ihrer Nation. Ein weiterer Grund für die wichtige Rolle Kosovos in der serbischen Geschichtsschreibung ist, dass Kosovo bis zum 18. Jahrhundert Sitz des

---

<sup>6</sup> Statistisches Bundesamt (2009), S. 44 und Deutsche Botschaft Pristhina (2009).

<sup>7</sup> Deutschlandradio (2009).

<sup>8</sup> Reuter (2000), S. 141.

serbischen Patriarchats war<sup>9</sup>. Nach dem Ende des ersten Balkankrieges 1913, welcher zugleich das Ende der osmanischen Herrschaft in Südosteuropa markierte, wurde Kosovo dem serbischen Staat beziehungsweise der zu diesem Zeitpunkt bestehenden SHS-Monarchie<sup>10</sup> durch die Londoner Verträge zugesprochen. Auf der Londoner Konferenz 1913 wurden die von den Osmanen zurückeroberten Territorien den neu entstandenen südosteuropäischen Nationalstaaten durch die Großmächte Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Österreich-Ungarn und Russland zugeteilt. Die albanische Delegation fand kein Gehör bei den Großmächten und so wurde das Territorium Kosovos Serbien zugesprochen. Während der Anschluss Kosovos an Serbien von der lokalen slawischen Bevölkerung als Befreiung von der osmanischen Herrschaft empfunden wurde, nahmen ihn die dort lebenden Albaner als Eroberung wahr. Nach dem Anschluss Kosovos wurde eine „Serbisierung“<sup>11</sup> des Gebietes durch sprach- und bevölkerungspolitische Maßnahmen betrieben. So wurden albanischsprachige Zeitungen verboten und die Bevölkerungsstruktur durch die Ansiedlung von 13.000 serbischen Kolonistenfamilien nachhaltig verändert. Der Anteil der serbischen Bevölkerung stieg zwischen 1919 und 1928 in einigen Gegenden Kosovos um 14%. In der Zeit zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg wanderten etwa 90.000 bis 150.000 Albaner aus Kosovo aus<sup>12</sup>. Dies entsprach etwa einem Drittel der Gesamtbevölkerung<sup>13</sup>. Mit der Besetzung des Königreiches Jugoslawiens 1941 durch die Truppen der deutschen Wehrmacht änderte sich die Lage der albanischen Bevölkerung. Die Albaner erhielten von den Deutschen das Recht, eigene Schulen zu eröffnen und eine Verwaltung mit albanischen Beamten sowie eine albanische Polizei einzurichten. Albanisch wurde Amtssprache. Kosovo wurde zusammen mit Teilen des heutigen Mazedoniens dem albanischen Staat angeschlossen<sup>14</sup>. Leidtragende dieser Entwicklung waren die Serben in Kosovo, allen voran die „Kolonisten“, die Opfer von Racheakten der lokalen albanischen Bevölkerung wurden. In der Zeit zwischen 1941 und 1944 wurden durch albanische Zivilisten, sowie Angehörige der SS-Division-Skanderbeg<sup>15</sup> insgesamt 90.000 Serben aus Kosovo vertrieben<sup>16</sup>. Für die serbische Bevölkerung wiederholte sich das Trauma der Schlacht auf dem Amselfeld. Dieses Mal wurde es nicht durch die Osmanen, son-

---

<sup>9</sup> Der Patriarch ist religiöses Oberhaupt der serbisch-orthodoxen Kirche.

<sup>10</sup> Kraljevina Srba, Hrvata i Slovenaca = Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, später Königreich Jugoslawien.

<sup>11</sup> Schmitt (2008), S. 313.

<sup>12</sup> Chiari (2008), S. 205.

<sup>13</sup> Stipetić (1975), S. 60.

<sup>14</sup> Reuter (2000), S. 53.

<sup>15</sup> Eine durch die Waffen-SS aufgestellte albanische Gebirgsjägerinheit.

<sup>16</sup> Chiari (2008), S. 123.

dern durch die deutsche Wehrmacht ausgelöst. Diese erneute Traumatisierung wurde später von serbischen Nationalisten instrumentalisiert.

### **Der moderne Kosovo-Konflikt - Konfrontation und Unterdrückung bis 1989**

Nach 1945 wurde die Politik der Serbisierung, welche zur Zeit der SHS-Monarchie das Vorgehen der serbischen Regierung in Kosovo geprägt hatte, in der sozialistisch-jugoslawischen Teilrepublik Serbien nicht fortgesetzt. Erstmals wurden politische und kulturelle Rechte der Albaner innerhalb der jugoslawischen Teilrepublik Serbien ausdrücklich anerkannt und zugesichert<sup>17</sup>. Die Diskriminierung der albanischen Bevölkerung hielt jedoch an. Vor allem bei der Vergabe von öffentlichen Stellen wurden Serben bevorzugt. Bei der Beurteilung dieser Diskriminierung ist zu berücksichtigen, dass das Bildungsniveau der albanischen Bevölkerung deutlich niedriger war als das der serbischen. Auch nach 1945 lag die Quote der Analphabeten unter den Albanern bei 74%<sup>18</sup>. Da die albanische Bevölkerung deutlich stärker agrarisch geprägt war und viele albanische Kinder bei der Feldarbeit helfen mussten, war ihnen der Besuch einer Schule nicht möglich. Somit war die ungleiche Verteilung von Arbeitsplätzen im öffentlichen Sektor zumindest teilweise strukturbedingt.

Die anhaltende Diskriminierung der Albaner sowie die schlechten Lebensbedingungen in Kosovo führten im Oktober und November 1968 zu Demonstrationen und Unruhen. Die Albaner forderten die Aufwertung Kosovos zur Republik, also die juristische Gleichstellung der Provinz mit den übrigen jugoslawischen Teilrepubliken, sowie die Verwendung eigener Symbole der Staatlichkeit und die Möglichkeit, ihre Sprache im Umgang mit Behörden nutzen zu können<sup>19</sup>. Dieses Aufbegehren war teilweise erfolgreich. Durch eine Verfassungsänderung im Jahr 1974, die dazu dienen sollte das politische Gleichgewicht zwischen den Republiken und Provinzen innerhalb Jugoslawiens zu stützen, wurde Kosovo den Republiken hinsichtlich der Kompetenzen gleichgestellt und verfügte fortan über Verfassungs-, Gesetzgebungs- und Budgethoheit<sup>20</sup>.

Durch diese Aufwertung des Kosovos sah sich nun allerdings die serbische Bevölkerung in Kosovo bedroht<sup>21</sup>. In der serbischen Gesellschaft wuchs ein anti-albanischer Rassismus. Vor allem nationalistisch eingestellte Intellektuelle, wie der spätere Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien Dobrica Cosic, trugen durch ihre Veröffentlichungen zum Wiederaufleben des serbischen Nationalismus bei. Im innerserbischen Diskurs wurde in den 80ern zunehmend

---

<sup>17</sup> Chiari (2008), S. 36.

<sup>18</sup> Malcom (2002), S. 318.

<sup>19</sup> Reuter (2000), S. 562.

<sup>20</sup> Chiari (2008), S. 63.

<sup>21</sup> Malcolm (2002), S. 331.

von einem „Genozid“, beziehungsweise einem „totalen Krieg“ gesprochen, den die Albaner in Kosovo auf politischer, juristischer, physischer und kultureller Ebene gegen die dort lebenden Serben führten<sup>22</sup>. Einen Beleg dafür sahen die Serben in der Bevölkerungsstruktur, die sich zunehmend zu ihren Ungunsten veränderte. Ursache dieser Veränderung war der Ausbau des Gesundheitswesens, durch den unter der albanischen Bevölkerung die Lebenserwartung anstieg und die Säuglingssterblichkeit sank<sup>23</sup>. Serbische Politiker und Intellektuelle unterstellten den Albanern allerdings eine bewusste, demographisch-strategische Politik<sup>24</sup>.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die serbische Bevölkerung in Kosovo seit der Verfassungsänderung von 1974 durch die albanische Bevölkerung unterdrückt fühlte. In der Zeit von 1968 bis 1988 waren die Albaner den Serben zum ersten Mal rechtlich gleichgestellt und auch ihre Lebenschancen verbesserten sich. Die Serben empfanden dies als eine Abwertung und Verdrängung ihrer Sprache, ihrer Kultur und ihrer Existenz. Es kam zu einer Verschlechterung der interethnischen Beziehungen und damit zu einem erneuten Aufflammen des Konflikts.

## **Eskalationsentwicklung – Der Weg in den Krieg**

### **Serbische Vormacht und albanischer Separatismus in Kosovo – 1989 bis 1999**

Nachdem Slobodan Milosevic 1989 Präsident der jugoslawischen Teilrepublik Serbien geworden war, bereitete er die Rücknahme der Autonomie Kosovos und eine schrittweise erneute Verdrängung der Albaner aus dem öffentlichen Leben Kosovos vor. Im September 1990 wurde eine neue serbische Verfassung verabschiedet<sup>25</sup>, welche die Autonomie Kosovos auf einen symbolischen Charakter reduzierte<sup>26</sup>. Die Regierung in Belgrad erhielt die Zuständigkeiten für Polizei, soziale und ökonomische Belange sowie Bildungs<sup>27</sup>- und Sprachregelungen.

---

<sup>22</sup> Reuter (2000), S. 82.

<sup>23</sup> Malcom (2002), S. 332.

<sup>24</sup> ebd.

<sup>25</sup> Die staatliche Struktur Jugoslawiens hatte bis zu diesem Zeitpunkt die Existenz von sechs Republiken (Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien) und zwei Provinzen (Kosovo und die Vojvodina im Norden Serbiens) vorgesehen. Diese acht Föderationssubjekte waren formell gleichberechtigt.

<sup>26</sup> Brunner (2000), S. 118.

<sup>27</sup> Malcom (2002), S. 334.

Analysiert man die Entwicklung des Konflikts mit Hilfe des von Glasl vorgeschlagenen Modells von Eskalationsstufen<sup>28</sup>, so ging der Konflikt von Stufe 1 (d.h. einer Verhärtung des Konfliktes, gepaart mit Spannungen) auf Stufe 3 (d.h. Erhöhung des Drucks der einzelnen Konfliktpartei auf die jeweils andere) über. Auf die Erneuerung serbischer Vormacht reagierten die albanischen Angehörigen des Provinzparlamentes im Juli 1989 mit einer Resolution, in der sie Kosovo zu einer „gleichwertigen und unabhängigen Einheit innerhalb Jugoslawiens“ erklärten<sup>29</sup>. Die albanische Seite hatte nun mit ihrem serbischen Gegenüber gleichgezogen, und weder Serben noch Albaner bemühten sich darum, einer Eskalation des Konflikts entgegenzuwirken. Beide Seiten versuchten den Druck zu erhöhen. Das serbische Parlament erließ in Folge der albanischen Erklärung zur eigenständigen Republik innerhalb Jugoslawiens ein Gesetz, welches die Entlassung von 80.000 Albanern aus staatlichen Arbeitsverhältnissen ermöglichte. Somit wurde die serbische Herrschaft in Kosovo per Gesetz bekräftigt. Im September 1990 hielten die Albaner ein Referendum ab, mit dem sie Kosovo als souveräne und unabhängige Republik innerhalb Jugoslawiens legitimieren wollten. Die albanische Bevölkerung sprach sich mit großer Mehrheit für die Unabhängigkeit aus. Das eindeutige Ergebnis erklärt sich dadurch, dass an dem Referendum ausschließlich Albaner teilnahmen und dabei auch nur über die Frage der Unabhängigkeit Kosovos abgestimmt wurde. Die serbische Bevölkerung beteiligte sich nicht an der Abstimmung, die Regierung in Belgrad betrachtete den Vorgang als illegal. Im Jahr 1992 wurden, ohne Beteiligung der serbischen Bevölkerung, Wahlen für ein neues Parlament und eine neue Regierung der „jugoslawischen Republik Kosovo“ abgehalten, aus denen Ibrahim Rugova als Sieger und neuer Präsident Kosovos hervorging<sup>30</sup>. Er verfolgte drei Ziele: Verhinderung gewalttätiger Revolte, Internationalisierung des Kosovo-Konfliktes und systematische Verneinung serbischen Herrschaftsanspruches in Kosovo, unter anderem durch einen Boykott serbischer Verwaltungsstrukturen<sup>31</sup>.

Mit der Ausrufung einer eigenen Republik innerhalb der jugoslawischen Föderation durch die Albaner und mit der Wahl einer eigenen Parallelregierung ging auch der Aufbau politischer Institutionen und albanischer Parallelstrukturen, vor allem in den Bereichen Gesundheit und Bildung, einher. Die serbische Regierung bewertete den Aufbau albanischer Parallelstrukturen als Provokation, die den Anspruch auf politische Vorherrschaft in Frage stellte. Der Konflikt

---

<sup>28</sup> Friedrich Glasl ist ein österreichischer Ökonom und Konfliktforscher. Zur Erklärung seines Modells siehe Glasl (2004).

<sup>29</sup> Malcom (2002), S. 346.

<sup>30</sup> Rugova selbst wurde zur Symbolfigur des gewaltfreien Widerstandes gegen die serbische Herrschaft in Kosovo. Mit dem Auftreten der bewaffneten kosovo-albanischen Kräfte Ende der 90er Jahre und dem Ausbruch des Krieges 1998 rückten Rugova und seine Partei, die *Demokratische Liga Kosovos* (LDK), jedoch in den Hintergrund.

<sup>31</sup> Malcom (2002), S. 348.

verharrte damit auf einem Eskalationsniveau, das eine dialogische Einigung nicht mehr ohne eine Mediation zugelassen hätte<sup>32</sup>.

In Ermangelung einer solchen Mediation bewegten sich die Konfliktparteien auf eine weitere Eskalationsstufe zu. Nach Malcom nahm zu Beginn der 90er Jahre die Zahl der Menschenrechtsverletzungen in Kosovo durch serbische Sicherheitskräfte stark zu. Willkürliche Verhaftungen mit bis zu drei Monaten Untersuchungshaft, „informelle Verhöre“ unter Anwendung physischer Gewalt und unrechtmäßige Hausdurchsuchungen durch die serbische Polizei wurden zur Regel. Im Jahr 1994 wurden 2.157 physische Übergriffe, 3.553 Durchsuchungen sowie 2.963 willkürliche Festnahmen festgestellt. In einigen Teilen Kosovos wurde die Ausübung direkter Gewalt zur alltäglichen Erscheinung<sup>33</sup>.

Erneut begann die serbische Regierung damit, Kosovo zu „serbisieren“, indem sie die serbische Sprache als verpflichtende Staatssprache einführte und Albaner durch Kündigung oder Suspendierung aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens entfernte. Im Juli 1990 erließ das serbische Parlament ein Gesetz, welches Entlassungen aufgrund des Gebrauches der albanischen Sprache am Arbeitsplatz rechtfertigte; etwa 70% aller berufstätigen Albaner in Wirtschaft und Verwaltung in Kosovo verloren mit diesem Gesetz ihre Arbeit<sup>34</sup>.

Versucht man den Konflikt auf der Skala von Glasl einzuordnen, kann von einer Strategie der begrenzten Vernichtung (Stufe 7) gesprochen werden. Dies beinhaltet die Entmenschlichung des Gegners und das bewusste Zufügen von Schaden. Die serbische Vorgehensweise gegenüber den Albanern in Kosovo war von dem Ziel bestimmt, diese aus Kosovo zu vertreiben. Die Serben selbst sahen dies als die Rückeroberung ihrer rechtmäßigen Vormachtstellung innerhalb Kosovos. Dies war der letzte Moment, in dem eine Beilegung oder zumindest eine Entschärfung des Konflikts durch Mediation noch möglich gewesen wäre.

Die Wende in der albanischen Haltung begann sich 1995 abzuzeichnen. Die Strategie Ibrahim Rugovas, eine Regelung der Kosovofrage auf gewaltfreie Weise zu ermöglichen, wurde durch die Versäumnisse der internationalen Gemeinschaft geschwächt<sup>35</sup>, als diese während der Aushandlung des Vertrags von Dayton, mit dem der Krieg in Bosnien beendet wurde, die Frage um die Zukunft Kosovos ausklammerte, weil sie fürchtete, sonst die Zustimmung des serbischen Präsidenten Milosevic und die der bosnischen Serben zu verlieren.

---

<sup>32</sup> Glasl (2004).

<sup>33</sup> Malcom (2002), S. 346 und S. 349.

<sup>34</sup> Schmidt (2000), S. 190.

<sup>35</sup> Malcom (2002), S. 354.

## **Ausbruch der Gewalt und internationale Intervention**

Frustriert über den Mangel an Aufmerksamkeit gewannen jene politischen Kräfte unter den Albanern die Oberhand, welche sich von einer militärischen Eskalation des Konflikts eine größere internationale Beachtung erwarteten als von der gewaltfreien Strategie Rugovas. Ab 1996 machte schließlich die Befreiungsarmee Kosovos, die Ushtria Çlirimtare e Kosovës (UCK), durch Angriffe auf serbische Polizeistationen erstmals auf sich aufmerksam<sup>36</sup>. Der Konflikt war damit auf der Stufe direkter Gewaltanwendung angelangt.

Während die UCK serbische Sicherheitsstrukturen und vereinzelt auch serbische Zivilisten angriff und tötete, gingen serbische Polizisten, Militärs und paramilitärische Einheiten gegen die albanische Zivilbevölkerung in Kosovo vor. Die Eskalation des Konflikts war damit soweit fortgeschritten, dass einzig ein externer Eingriff den Ausbruch des Bürgerkrieges hätte verhindern können. Die radikalen Albanerführer hatten somit ihr Ziel erreicht – die internationale Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und ihre Interessen durch Eskalation durchzusetzen.

Im Februar 1999 unternahm die Balkan-Kontaktgruppe für Kosovo, bestehend aus Vertretern der USA, der EU und Russlands, den letzten Versuch, eine Verhandlungslösung zwischen der serbischen Regierung und der Vertretung der Kosovo-Albaner herbeizuführen. Die Kontaktgruppe wurde durch den Generalsekretär der UN mandatiert. 1992 unter der Schirmherrschaft der „Internationalen Konferenz für das ehemalige Jugoslawien“ eingerichtet, befasste sie sich zunächst mit dem Krieg in Bosnien, später dann mit dem Konflikt in Kosovo. Ziel der Kontaktgruppe war es, einen zügigen und vertraulichen Informationsfluss sowie ein arbeitsteiliges Vorgehen der wichtigsten staatlichen Akteure zu ermöglichen<sup>37</sup>. Sie entwickelte den Vertrag von Rambouillet, durch welchen die Kämpfe in Kosovo beendet und die Rückkehr der bis dahin geflohenen Kosovo-Albaner ermöglicht werden sollten. Nach langen Verhandlungen unterschrieb die albanische Delegation den Vertrag, die serbische Seite verweigerte jedoch ihre Zustimmung. Damit war der Vertrag gescheitert. Grund hierfür war ein Anhang des Vertrages, welcher den Truppen der NATO Bewegungsfreiheit in ganz Jugoslawien, sowie die völlige Immunität von NATO-Personal gegenüber jugoslawischen Behörden zugesichert hätte. Dies kam einer Forderung nach Aufgabe der staatlichen Souveränität der serbischen Regierung gleich. Die Androhung von Luftschlägen durch die NATO bewog die serbische Regierung nicht zum Einlenken, zumal die russische Delegation diese Drohungen nicht unterstützte<sup>38</sup>. Die rot-grüne Bundesregierung in Deutschland behauptete später, der militärische Teil des Rambouillet-Abkommens sei nie verhandelt worden und die serbische Delegation habe

---

<sup>36</sup> Reuter (2000), S. 86.

<sup>37</sup> Friedrich (2004), S. 20.

<sup>38</sup> Giersch (2000), S. 455.

sich nicht dazu geäußert. Sowohl der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder als auch der damalige Außenminister Joschka Fischer betonten, alle diplomatischen Möglichkeiten seien ausgeschöpft worden, um eine friedliche Lösung herbeizuführen. Im Widerspruch dazu standen jedoch Berichte deutscher Tageszeitungen, sowie offizielle Verlautbarungen der serbischen Delegation und einiger OSZE-Diplomaten<sup>39</sup>.

Nachdem die Verhandlungen in Rambouillet gescheitert waren, begann die NATO – wie angedroht – im März 1999 mit Luftangriffen gegen militärische Ziele in Serbien, Montenegro und Kosovo. Zu diesem Zeitpunkt waren UCK und serbisches Militär, sowie Polizei und paramilitärische Einheiten in Kosovo bereits zu offenen Kampfhandlungen übergegangen.

Die Phase zwischen 1989 und 1999 bildete den letzten Abschnitt einer Entwicklung, die seit 1912 durch strukturelle, kulturelle, sowie direkte Gewalt seitens der jeweils dominierenden Bevölkerungsgruppe geprägt war. Die knapp 90 Jahre dauernde Geschichte gegenseitiger Verdrängung und Marginalisierung gipfelte schließlich im Ausbruch des Krieges 1999. Nach der Verfassungsänderung 1989, die zu Ungunsten Kosovos ausgefallen war, hätte es für die internationale Gemeinschaft mehrere Chancen gegeben, eine friedliche Lösung des Konfliktes zu unterstützen, so zum Beispiel vor und nach dem albanischen Referendum 1990. Auch im Jahr 1992 wäre eine präventive Konfliktbearbeitung noch möglich gewesen<sup>40</sup>. Alle Chancen, den Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen, wurden verpasst. Ob dies zum Teil auch absichtlich geschah ist Gegenstand kontroverser Diskussionen. So ist zum Beispiel die Haltung der NATO bei der Eskalation des Konflikts umstritten. Ihre Rolle in der internationalen Politik hat durch den Einsatz in Kosovo wieder an Gewicht gewonnen, nachdem sie als Verteidigungsbündnis in der Weltordnung nach 1989 zunächst überflüssig erschien, zumal die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) Stabilität augenscheinlich besser gewährleisten konnte. Nach dieser Lesart diente die Eskalation des Konflikts in Kosovo der NATO in zweifacher Hinsicht. Zum einen stärkte sie ihre Vormachtstellung als Sicherheitsbündnis innerhalb Europas. Zum anderen demonstrierte sie der russischen Regierung, dass die NATO ihren Einfluss auch nach dem Ende des Kalten Krieges keineswegs verloren hatte<sup>41</sup>. Leidtragende dieser Machtdemonstration waren letztlich sowohl Serben als auch Albaner.

---

<sup>39</sup> ebd.

<sup>40</sup> Scheffran (1999), S. 61.

<sup>41</sup> Altvater (1999), S. 78.

## **Koexistenz unter internationaler Verwaltung – 1999 bis 2008**

Im Juni 1999 wurde der Krieg durch das Militärisch-Technische Abkommen zwischen der NATO-Truppe Kosovo Force (KFOR) und der serbischen Regierung beendet. Seitdem steht Kosovo unter internationaler Verwaltung. Im Rahmen der UN-Resolution 1244 begleiten zwei Missionen, die zivile Mission United Nations Mission in Kosovo (UNMIK) und die militärische Mission KFOR den Wiederaufbau des Landes. Ihr Auftrag ist es, das erneute Ausbrechen von Feindseligkeiten zu verhindern, ethnisch motivierte Diskriminierung zu unterbinden und Minderheitenrechte für alle Volksgruppen in Kosovo zu garantieren. Diesem Anspruch wurden die Missionen nur teilweise gerecht. Positive Ergebnisse erzielte die UNMIK im Bereich der Minderheitenrechte. Seit Beginn der internationalen Verwaltung wurde den Serben, ebenso wie allen anderen Minderheiten in Kosovo, umfangreiche Minderheitenrechte zugesprochen<sup>42</sup>.

Es gelang der UNMIK jedoch nicht immer, das erneute Aufflammen von Gewalt zu verhindern. Im Sommer 1999 nutzte die UCK das Machtvakuum zwischen dem Abzug serbischer Truppen und dem Eintreffen der internationalen Kräfte dazu um Racheakte an der serbischen Zivilbevölkerung zu verüben und tausende Serben aus Kosovo zu vertreiben<sup>43</sup>. Im März 2004 kam es erneut zu Unruhen. Dabei wurden ca. 4.000 Serben aus Kosovo vertrieben und 30 serbische Klöster und Kirchen zerstört<sup>44</sup>.

Ambivalent sind die Ergebnisse hinsichtlich der Integration der Volksgruppen. Trotz der Bemühungen durch UNMIK, die Serben in die albanische Mehrheitsgesellschaft zu integrieren, bildeten sich, unterstützt durch Finanzhilfen aus Belgrad, serbische Parallelstrukturen in den Bereichen des Bildungs- und Gesundheitswesens aus, die es den Kosovo-Serben ermöglichen, sich diesen Bemühungen vollkommen zu verweigern. Die serbische Bevölkerung verhält sich gegenüber dieser Möglichkeit allerdings nicht einheitlich. Jene Serben, die im Norden Kosovos leben, verweigern eine Kooperation mit UNMIK viel eher als diejenigen, die in den Enklaven im Süden leben. Dies liegt zum Teil auch daran, dass die serbischen Siedlungsgebiete im Norden durch die geographische Nähe zum „Mutterland“ deutlich weniger auf die Unterstützung der internationalen Verwaltung angewiesen sind. Viele Serben verließen Kosovo nach Kriegsende, teils aufgrund von Druck aus der albanischen Bevölkerung, teils weil sie für sich, auch wegen der anhaltend schlechten wirtschaftlichen Lage, keine Zukunft in Kosovo sahen.

---

<sup>42</sup> Zunächst auf Grundlage der UNMIK-Statute, seit der Unabhängigkeitserklärung Kosovos am 17. Februar 2008 auf Basis der kosovarischen Verfassung.

<sup>43</sup> Schmidt (2000), S. 207.

<sup>44</sup> Gienant/Hett (2004), S. 2.

Der Status Kosovos blieb nach Kriegsende weiterhin ungeklärt. Die internationale Verwaltung verfolgt die Strategie „Standards before Status“, deren Ziel es ist, vor einer Klärung von Unabhängigkeit und Zugehörigkeit, zunächst Mindeststandards in den Bereichen Politik, Verwaltung und Minderheitenfragen zu setzen<sup>45</sup>. Im Februar 2006 begannen unter der Leitung des ehemaligen finnischen Staatspräsidenten Martti Ahtisaari die Statusverhandlungen<sup>46</sup>. Die albanische Seite forderte die staatliche Unabhängigkeit, während die serbische Regierung Kosovo bei einem Verbleib in Serbien eine umfangreiche Autonomie zugestehen wollte<sup>47</sup>. Der Plan, den Ahtisaari im Februar 2007 vorlegte, sah vor, dass Kosovo Symbole und Institutionen der Staatlichkeit erhalten sollte, unter anderem eine Flagge, Hymne, eine eigene Verfassung und Regierung, benutzte aber nicht den Begriff „Unabhängigkeit“. Stattdessen sollte Kosovo weiterhin unter internationaler Beobachtung bleiben<sup>48</sup>. Von albanischer Seite wurde der Plan akzeptiert, die serbische Regierung lehnte ihn jedoch ab<sup>49</sup>. Der Versuch Ahtisaaris, die Statusfrage durch Verhandlungen zu klären, war damit gescheitert.

Daraufhin erklärte die provisorische Regierung Kosovos am 17. Februar 2008 einseitig die Unabhängigkeit und begann einzelne Punkte des Ahtisaari-Plans, wie zum Beispiel die Schaffung eigener Symbole der Staatlichkeit und das Schreiben einer Verfassung, umzusetzen. Viele Staaten, darunter auch die USA und Deutschland, erkannten Kosovo an. Serbien, Russland und auch EU-Mitgliedsländer, darunter Spanien und Rumänien, lehnten die einseitige Unabhängigkeitserklärung Kosovos ab. Eine Entscheidung des internationalen Gerichtshofes (IGH) zur Rechtmäßigkeit der Unabhängigkeitserklärung, die Serbien bei den UN im Oktober 2008 erwirkt hatte, kam zu dem Schluss, dass die Erklärung nicht gegen das Völkerrecht verstoßen habe<sup>50</sup>.

Durch die Unabhängigkeitserklärung Kosovos wurden die Befürchtungen der Serben in Kosovo, sie könnten langfristig durch die albanische Regierung unterdrückt werden, zusätzlich verstärkt. Obgleich Serbisch neben Albanisch zur Amtssprache erklärt wurde und im Parlament zehn von hundertzwanzig Sitzen für Serben reserviert sind, haben die Serben in Kosovo kein Vertrauen darin, dass ihre Rechte langfristig geschützt sein werden. Sie empfinden die Situation nach Kriegsende als vergleichbar mit jener in den Jahren zwischen 1974 und 1988, als die albanische Bevölkerung erstmals Gleichberechtigung erlangte und Serben sich als Opfer gezielter Verdrängung sahen. Die serbische Bevölkerung verweigert sich größtenteils einer

---

<sup>45</sup> UN Security Council (2004).

<sup>46</sup> Ahtisaari war von den UN als Vermittler eingesetzt worden.

<sup>47</sup> UN Security Council (2007).

<sup>48</sup> ebd.

<sup>49</sup> Europäisches Parlament (2007).

<sup>50</sup> Tanner (2010).

Zusammenarbeit mit der internationalen Verwaltung und den albanischen Institutionen, die sie als illegitim betrachtet. Auch die Entscheidung des IGH hinsichtlich des rechtmäßigen Ablaufes der kosovarischen Unabhängigkeitserklärung hat daran nichts geändert.

Der Konflikt verharrt damit auf einem angespannten Niveau, bietet aber erneut Chancen die Lebensumstände, sowohl der serbischen als auch der albanischen Bevölkerung in Kosovo, zu verbessern. Allerdings sind sowohl die albanische Regierung in Prishtina als auch die serbische Regierung in Belgrad nach wie vor eher um die Gewinnung von Koalitionspartnern unter den Mitgliedsstaaten der UN<sup>51</sup> bemüht, als um die Aufnahme von direkten Verhandlungen und um eine Lösung praktischer Fragen des Zusammenlebens. Auf beiden Seiten liegt der Fokus immer noch darauf, auf der Regierungsebene Zustimmung für die jeweilige Sicht zu erhalten, während die Eröffnung eines Dialogs zwischen Serben und Albanern in Kosovo vernachlässigt wird. Die zivilgesellschaftliche Ebene bleibt bisher hinter der politischen zurück.

Verhandlungen gestalten sich auch deshalb schwierig, weil direkte Verhandlungen eine implizite Anerkennung der Legitimität der kosovo-albanischen Regierung in Prishtina durch die serbische Regierung bedeuten würden. Die internationale Verwaltung in Kosovo hat somit die Aufgabe in einem Konflikt zu vermitteln, in dem die Haltungen der Regierenden auf beiden Seiten verhärtet sind, die Bevölkerung eher als Instrument eingesetzt wird und nicht als Souverän handeln kann.

## **Internationale Bedeutung des Kosovo-Konfliktes**

Der Konflikt um Kosovo steht im Zusammenhang mit einer Vielzahl von Konflikten auf regionaler wie auch auf internationaler Ebene. Im Kosovo-Konflikt kristallisieren sich zentrale Fragen nach der Vereinbarkeit des Selbstbestimmungsrechtes der Völker mit dem Prinzip der territorialen Integrität von Nationalstaaten heraus. Viele europäische sowie nicht-europäische Staaten, die selbst Konflikte mit Minderheiten oder Sezessionsbewegungen auf ihrem Territorium haben, erkennen Kosovo nicht als unabhängigen Staat an<sup>52</sup>. Aus Sicht dieser Länder würde eine Anerkennung der Unabhängigkeitserklärung Kosovos das Prinzip der territorialen Integrität verletzen.

Um die paradigmatische Bedeutung des Kosovo-Konfliktes sowie mögliche Wechselwirkungen und Konfliktlösungsmuster aufzuzeigen, werden drei Konflikte, deren Konstellationen

---

<sup>51</sup> Kosovo zur Unterstützung seiner Anerkennung als Staat, Serbien zur Verhinderung der Anerkennung Kosovos.

<sup>52</sup> Unter anderem Spanien, Slowakei, Rumänien, Griechenland, Russland, China und Georgien.

der des Kosovo-Konfliktes ähneln, näher beschrieben. Es handelt sich dabei um die Konflikte in Bosnien, Mazedonien und in Georgien. Die Fälle Bosnien-Herzegowina und Mazedonien scheinen aus zwei Gründen geeignet, zum einen weil jeweils eine der beiden Konfliktparteien aus Kosovo ebenfalls in den genannten Konflikten beteiligt war, zum anderen weil der Ausgang des Konflikts in Kosovo Signalwirkung für die Lösung des Konflikts in Bosnien hat. Die Anerkennung der staatlichen Eigenständigkeit Kosovos durch die serbische Regierung würde auf Seiten der bosnischen Serben sicherlich die Forderung nach Abspaltung von der kroatisch-bosniakischen Föderation bekräftigen.

Kosovo gilt als ein Beispiel für die Möglichkeit der Revision, beziehungsweise der Neuziehung von Grenzen. Alle Staaten in der Region haben eine multiethnische Bevölkerung und in vielen Fällen birgt dies große Schwierigkeiten, da auf Seiten der Minderheitsbevölkerung häufig die Forderung nach Autonomie beziehungsweise der Wunsch nach Sezession gehegt wird. Sowohl die Umsetzung von kulturellen Minderheitenrechten als auch die Teilhabe der Minderheiten am politischen Prozess führen in den Staaten Südosteuropas immer wieder zu Konflikten.

**Bosnien-Herzegowina:** Der Gegensatz zwischen der „Republika Srpska“, dem serbischen Landesteil im Nord-Osten Bosniens und der bosnischen Zentralregierung in Sarajevo steht in direkter Verbindung zum Kosovo-Konflikt. Die Regierung der bosnischen Serben in Banja Luka, der Hauptstadt der Republika Srpska, strebt einen Austritt aus dem Staatsverbund mit der kroatisch-bosniakischen Föderation an. Ein geplantes Referendum über die Unabhängigkeit der Republika Srpska kam 2006 nicht zustande, da das Dayton-Abkommen ein solches Referendum nicht vorsieht. Umfragen aus dem Jahr 2006 zeigen allerdings, dass die Mehrheit der bosnischen Serben eine Unabhängigkeit befürwortet. Die Regierung der kroatisch-bosniakischen Föderation in Sarajevo fordert hingegen eine stärkere Einbindung der Republika Srpska in den bosnischen-herzegowinischen Staatsverband.

Die Unabhängigkeitserklärung Kosovos im Jahre 2008 dient der Regierung der bosnischen Serben als Argument für ihre Bestrebungen, aus dem Verband mit der Föderation der Kroaten und bosnischen Muslime auszutreten<sup>53</sup>. Der Zusammenhang mit dem Konflikt um Kosovo zeigt sich an zwei Beispielen.

Erstens folgt die Argumentation der bosnischen Serben dem Muster „gleiches Recht für alle“. Wenn die Kosovo-Albaner ihre Unabhängigkeit vom serbischen Staat erklären können und dies international zumindest teilweise Anerkennung findet, so ist für die bosnischen Serben

---

<sup>53</sup> Angus Reid (2006).

nicht ersichtlich, warum sie diese Möglichkeit nicht auch für sich in Anspruch nehmen sollten. Zweitens verdeutlicht die unbefriedigende Situation in Bosnien, also der Gegensatz zwischen Republika Srpska und Föderation, wie schwierig es ist, eine Bevölkerungsgruppe gegen ihren Willen einzubinden. Die politischen Entwicklungen in Bosnien stagnieren seit geraumer Zeit, wichtige Reformen werden nicht in Angriff genommen, die Beziehungen zwischen den Volksgruppen verschlechtern sich und drängende wirtschaftliche und soziale Probleme werden nicht gelöst<sup>54</sup>. Eine ähnliche Situation könnte in Kosovo entstehen, falls es nicht gelingt, die serbische Bevölkerung, speziell die im Norden Kosovos ansässigen Anteile, in den politischen Prozess einzubinden. So gilt Kosovo den bosnischen Serben als ein positives Beispiel für die Möglichkeit einer Abspaltung, während die kosovarische Regierung den Gegensatz zwischen Republika Srpska und der bosnischen Föderation als Negativbeispiel für eine andauernde Blockade durch die dortige serbische Bevölkerung betrachtet.

**Mazedonien:** Als ein positives Beispiel der Konfliktlösung kann in Südosteuropa Mazedonien gesehen werden. Im März 2001 kam es dort zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der albanischen Minderheit und mazedonischen Sicherheitskräften. Der Konflikt wurde im August 2001 mit dem Rahmenabkommen von Ohrid beendet. Die albanische Minderheit konnte sowohl eine Machtteilung auf gesamtstaatlicher Ebene als auch umfangreiche sprachliche Rechte durchsetzen<sup>55</sup>. Seitdem ist die Lage in Mazedonien entspannt und die albanische Bevölkerung ist in die politischen Prozesse eingebunden. So kann der Konflikt in Mazedonien als Vorbild für die Einbindung der Serben in Kosovo einerseits und für das friedliche Zusammenleben von ethnisch und religiös unterschiedlichen Gruppen andererseits gesehen werden.

**Kaukasus:** Zwar verweigert die russische Regierung die Anerkennung Kosovos und blockiert dessen Beitritt zu den Vereinten Nationen<sup>56</sup>, gleichzeitig rechtfertigt sie ihre Anerkennung der ehemals georgischen Provinzen Abchasien und Südossetien mit der Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo durch viele westliche Regierungen. Im August 2008 war es in Georgien zunächst zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der ossetischen Minderheit und georgischem Militär gekommen<sup>57</sup>. Dem war ein langanhaltender Konflikt zwischen der georgischen Mehrheitsbevölkerung und der ossetischen Minderheit vorausge-

---

<sup>54</sup> Pack (2010), S. 3.

<sup>55</sup> Schrader (2009).

<sup>56</sup> Die Aufnahme eines Staates in die UN erfolgt auf Empfehlung des Sicherheitsrates der UN: Hier blockieren Russland und China, dass eine solche Empfehlung ausgesprochen wird.

<sup>57</sup> Bahr / Mutz (2009), S. 65.

gangen. Schon vor Beginn des Krieges hatte es seitens der Osseten Forderungen nach einem eigenständigen Staat gegeben, die von der georgischen Regierung jedoch mit Verweis auf die territoriale Integrität Georgiens abgelehnt wurden. Nachdem russische Truppen den Vormarsch des georgischen Militärs gestoppt und die Provinz Südossetien besetzt hatten, erkannte die russische Regierung die Unabhängigkeit Südossetiens im August 2008 an. Den Vorwurf, die territoriale Integrität Georgiens sei dadurch verletzt worden, wies die russische Regierung mit dem Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Anerkennung Kosovos durch die US-Regierung zurück.

Der Zusammenhang der genannten Konflikte mit jenem um Kosovo besteht somit vor allem darin, dass Kosovo in unterschiedlichen Zusammenhängen als ein Exempel herangezogen wird, wenn es darum geht, Sezessionsbestrebungen zu rechtfertigen oder zu verneinen. Sowohl im Fall Bosniens als auch im Fall Georgiens wurde die Zivilgesellschaft unzureichend in den Prozess der Friedensbildung eingebunden. In beiden Fällen kommt ein Dialog zwischen den Volksgruppen nicht zustande. Mit Blick auf eine mögliche Lösung des Kosovo-Konfliktes zeigen alle hier genannten Beispiele, dass eine Aufarbeitung der Tiefenstrukturen<sup>58</sup> des Konflikts, die sich vor allem in negativen Stereotypen niederschlagen, notwendig ist. In allen hier dargestellten Fällen lag der Fokus der Konfliktlösung auf der Regierungsebene. Der zivilgesellschaftliche Sektor wurde vernachlässigt, eine zentrale Koordination zivilgesellschaftlicher Initiativen fand und findet auch bis dato nicht statt. Diese Fehler zu vermeiden beziehungsweise zu beseitigen, wäre ein zentraler Ansatzpunkt bei der Lösung des Konfliktes zwischen Albanern und Serben. Es bleibt zu hoffen, dass sich entsprechende Lerneffekte bei den Akteuren vor Ort, beispielsweise durch die Verbreitung von Möglichkeiten der zivilen Konfliktbearbeitung, einstellen werden.

Um zu beurteilen, welche Akteure im Kosovo in welchem Maß an der zivilen Konfliktbearbeitung mitwirken können, ist es erforderlich die Ausgangspositionen der Akteure genau zu kennen. Im Folgenden werden die wichtigsten Akteure deshalb einzeln dargestellt.

## **Akteure**

Innerhalb des Kosovo-Konfliktes lassen sich verschiedene Akteure unterscheiden, die unterschiedliche Bedürfnisse haben sowie eigene Interessen verfolgen.

---

<sup>58</sup> Die Tiefenstruktur wird hier nach Johan Galtung als die kollektiv unbewusst negative Wahrnehmung der jeweils anderen Volksgruppe, auf Grundlage von Ereignissen/Erlebnissen in der Vergangenheit, verstanden.

Die muslimischen **Albaner** stellen etwa 90% der Bevölkerung Kosovos. Die Angehörigen dieser Gruppe haben lange Perioden der Unterdrückung unter serbischer Herrschaft erlebt. Sie nehmen sich als Opfer serbischer Dominanz und Gewalt wahr. Sie fürchten den Verlust von Eigenständigkeit und einen Rückfall unter serbische Regierungsgewalt, unter der ihnen Grundrechte erneut verweigert werden könnten. Sie setzen ihre Hoffnungen daher auf einen eigenständigen kosovarischen Staat.

Die christlich-orthodoxen **Serben** in Kosovo machen etwa 5% der Bevölkerung aus. Ihre Haltung gegenüber der Staatlichkeit Kosovos ist nicht einheitlich. Mehrheitlich leben sie in der an Serbien grenzenden Region nordöstlich der Stadt Mitrovica. Dort stellen sie die Bevölkerungsmehrheit. Sie fühlen sich dem serbischen Mutterland zugehörig und sehen Kosovo weiterhin als einen Teil Serbiens. In einem eigenständigen Staat Kosovo stellen sie, anders als im Verbund mit Serbien, nur eine Minderheit. Sie fürchten daher die Unterdrückung durch einen mehrheitlich von Albanern gebildeten Staat<sup>59</sup> sowie den Verlust ihrer kulturellen Identität<sup>60</sup>. Daher hoffen sie auf eine Rückkehr unter serbische Hoheitsgewalt oder streben zumindest eine Abspaltung des nördlichen Kosovo an. Sie lehnen die kosovarischen Verwaltungsstrukturen ab und verweigern diesen die Anerkennung sowie die Zusammenarbeit. Dagegen hat die serbische Bevölkerung im südlichen Teil des Landes eine pragmatischere Haltung gegenüber dem kosovarischen Staat angenommen und beteiligt sich beispielsweise, anders als die serbische Bevölkerung im Norden, an den Regionalwahlen<sup>61</sup>. Sie stellen ihre eigenen Kandidaten auf und wählen.

So unterschiedlich die Interessen der beiden Bevölkerungsgruppen hinsichtlich ihrer staatlichen Zugehörigkeit sind, so ähnlich sind sie sich in ihren **Grundbedürfnissen**. Beide streben nach Sicherheit und körperlicher Unversehrtheit und nach einem sicheren Umfeld, das diese Bedürfnisse garantiert. Mitglieder beider Gruppen wünschen sich Zugang zu Arbeit, Bildung, medizinischer Versorgung, Verwaltung und zu Gerichten. Außerdem wollen beide Seiten ihre jeweilige kulturelle und religiöse Identität bewahren. Ein wirtschaftlicher Aufschwung im

---

<sup>59</sup> Dies beinhaltet beispielsweise die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, die Versagung von Bildung in eigener Sprache und den erschwerten Zugang zu bestimmten Bereichen wie Medien oder Gerichten.

<sup>60</sup> Die könnte sich ausdrücken in der Schließung von orthodoxen Klöstern, der Vernachlässigung der serbischen Sprache und Feiertage und der Verweigerung von Finanzmitteln und Räumlichkeiten für die Pflege serbischer Traditionen.

<sup>61</sup> Crisis Group (2009).

schwach entwickelten Kosovo und eine damit verbundene Verbesserung der Lebensumstände käme den Interessen beider Gruppen entgegen.

Die **kosovarische Regierung** wird seit der formalen Unabhängigkeitserklärung am 17. Februar 2008 vom ehemaligen UCK-Führer und heutigen Ministerpräsidenten und Hasim Thaci geleitet. Nach einem Misstrauensvotum Anfang November 2010 wurde die Demokratische Partei (PDK) von Hasim Thaci bei den Parlamentswahlen im Dezember 2010 erneut stärkste Kraft. Zweitstärkste Kraft wurde die Demokratischen Liga (LDK), die ehemalige Partei Ibrahim Rugovas. Sie war auch in der vorherigen Regierung Koalitionspartner der PDK. Die bestimmenden Themen des Wahlkampfes waren die schlechte wirtschaftliche Lage und die Korruption.<sup>62</sup> Das Ziel der Regierung ist nicht mehr die Unabhängigkeit, da sie diese bereits erklärt hat. Stattdessen konzentriert sie sich auf die anderen Interessen der albanischen Bevölkerung.

Die Regierung sieht sich in ihrer Handlungsfreiheit durch zwei Akteure eingeschränkt. Zum einen durch die internationalen Missionen, die laut ihrem Mandat in vielen Bereichen hoheitliche Aufgaben wahrnehmen<sup>63</sup>. Zum anderen durch die serbische Regierung, die im Norden Kosovos Parallelstrukturen unterhält. Ziel der kosovarischen Regierung ist es, sich dieser Einschränkungen zu entledigen. Sie fordert daher die UN dazu auf, ihre Mission zu beenden und Kosovo zu verlassen<sup>64</sup>. Das Interesse sich als souveräner Staat selbst zu regieren steht dabei im Konflikt mit dem Ziel der UN, zunächst demokratische und rechtsstaatliche Standards durchzusetzen. Gleichzeitig ist die kosovarische Regierung auf internationale Unterstützung angewiesen, ohne die sie nicht handlungsfähig ist.

Die **serbische Regierung** unter Präsident Boris Tadic betrachtet Kosovo als Teil des serbischen Staates und erkennt die kosovarische Regierung nicht an. In dieser Haltung wird sie durch die Mehrheit der Bevölkerung Serbiens unterstützt. Die serbische Regierung führte daher bis März 2011 keine direkten Verhandlungen mit der kosovarischen Regierung. Sie steht aber bereits seit längerer Zeit mit der UN-Mission UNMIK in Kontakt<sup>65</sup>. Die serbische Regierung unterhält besonders im Norden Kosovos parallel zu den jeweiligen Strukturen des kosovarischen Staates eine eigene Verwaltung, medizinische Versorgungs- und Bildungseinrichtungen. Die serbische Regierung fordert die Kosovo-Serben dazu auf, die kosovarischen Ver-

---

<sup>62</sup> Robelli (2010).

<sup>63</sup> Weitere Erläuterungen zu den internationalen Missionen folgen unten.

<sup>64</sup> HIIK (2010), S. 19.

<sup>65</sup> ebd.

waltungsstrukturen zu boykottieren<sup>66</sup>. Gleichzeitig zahlt die serbische Zentralregierung den serbischen Angestellten im öffentlichen Dienst ein zweites Gehalt in der Höhe des Gehalts, das diese bereits aus Prishtina beziehen. Sie versucht den Norden Kosovos der kosovarischen und der internationalen Verwaltung zu entziehen, indem sie die dort lebenden Serben von ihnen unabhängig macht<sup>67</sup>. Mitarbeiter der internationalen Verwaltung laufen Gefahr, angegriffen zu werden, wenn sie im Norden Kosovos ihre Strukturen durchsetzen wollen. Zudem versucht die serbische Regierung eine Abwanderung der Serben aus Kosovo zu verhindern, um die serbische Bevölkerungsanteile als Argument in den Verhandlungen über den Status Kosovos zu nutzen.

Die verschiedenen internationalen Missionen in Kosovo sind Teil der **United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK)**, die 1999 durch den UN-Sicherheitsrat mit der Resolution 1244 eingesetzt wurde, um die Aufgaben einer Zivilregierung zu übernehmen. Die UNMIK untergliedert sich organisatorisch in vier Säulen, die der UN unterstehen, aber von verschiedenen internationalen Organisationen geführt werden. „Säule I: Justiz und Polizei“ und „Säule II: Zivile Verwaltung“ wurden anfänglich von der UN geleitet, mittlerweile wurden die Kompetenzen in diesen Bereichen aber an die kosovarische Regierung übertragen. Die UN überwacht nur noch die Ausführung. „Säule III: Demokratisierung, Aufbau und Stärkung von Institutionen“ ist Aufgabe der OSZE und „Säule IV: Wiederaufbau und wirtschaftliche Entwicklung“ wurde der EU übertragen<sup>68</sup>.

Die **OSZE-Mission in Kosovo (OMiK)** befindet sich seit Juli 1999 in Kosovo. Zu ihren Aufgaben gehören die Ausbildung von Personal in Polizei, Justiz und Zivilverwaltung, die Unterstützung der Demokratisierung Kosovos, die Organisation und Überwachung von Wahlen und der Schutz und die Förderung der Menschenrechte. Sie überwacht die Einhaltung der OSZE Standards im Mediensektor und setzt sich für die Förderung von Minderheiten, zum Beispiel durch Quotenregelungen in Gremien, ein. Nachdem sie Institutionen eingerichtet hatten, die diese Ziele umsetzen sollen, verlegten die etwa 700 Mitarbeiter der OMiK Ende 2005 ihren Arbeitsschwerpunkt auf die Beobachtung und Kontrolle dieser Institutionen wie zum Beispiel der Polizei und der Verwaltung<sup>69</sup>. Dabei soll sie mit den anderen Missionen, sowie mit inter-

---

<sup>66</sup> Crisis Group (2009).

<sup>67</sup> OSCE (2007).

<sup>68</sup> Kramer/Dzihic (2005), S. 24f.

<sup>69</sup> Czaplinski (2009).

nationalen und lokalen NGOs zusammenarbeiten. Ihr Mandat ist allgemein gehalten und ermöglicht es der OMiK, sich der jeweiligen Situation in Kosovo anzupassen.

Die **Europäische Union** entsandte 2008 die **European Union Rule of Law Mission in Kosovo (EULEX)**<sup>70</sup>. Sie soll, zusätzlich zu den in Säule IV der UNMIK vorgesehenen Aufgaben, zur Stabilisierung der Institutionen und zur Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit beitragen<sup>71</sup>. Sie umfasst etwa 3200 Mitarbeiter, darunter befinden sich zum Großteil ausländische Richter, Polizisten und Zollbeamte. Sie berät und überwacht die Arbeit des Justizsystems, der Polizei und des Zolls und ist auch berechtigt, gegen kosovarische Amtsträger vorzugehen<sup>72</sup>.

Die **Kosovo Force (KFOR)** ist die militärische Mission der NATO und befindet sich seit dem Krieg im Juni 1999 in Kosovo. Sie umfasst etwa 8700 Soldaten aus 32 Ländern. Ihrem Mandat zu Folge soll sie die anderen Missionen bei der Durchführung humanitärer Aufgaben unterstützen und ein sicheres Umfeld in Kosovo schaffen. Sie soll durch regelmäßige Patrouillen, Checkpoints und Eskorten für die Sicherheit und Bewegungsfreiheit der Menschen und besonders der Angehörigen von Minderheiten in Kosovo sorgen. Weiterhin ist sie für die Ausbildung der Kosovo Security Force (KSF)<sup>73</sup> verantwortlich, die als Vorläuferinstitution einer kosovarischen Armee angesehen wird und in Zukunft die Aufgaben der KFOR übernehmen soll<sup>74</sup>.

Auch der **Europarat** ist in Kosovo aktiv. Sein Engagement gilt dem Schutz der Menschenrechte und des kulturellen Erbes Kosovos, der Überwachung von Wahlen und der Reform der lokalen Selbstverwaltung. Der Europarat hat nur wenige Mitarbeiter in den Kosovo entsandt und versucht seine Ziele vor allem in Kooperation mit den anderen Missionen zu erreichen. Er konzentriert sich vor allem auf die Durchsetzung von rechtsstaatlichen Standards<sup>75</sup>. Anders als Serbien ist Kosovo kein Mitgliedsstaat des Europarates und ein Beitritt ist auch für die Zukunft unwahrscheinlich, da Kosovo bisher nur von 33 der 47 Mitgliedsstaaten anerkannt wurde.

---

<sup>70</sup> Ihr Mandat endet im Juni 2012.

<sup>71</sup> European Commission Liaison Office to Kosovo (2011).

<sup>72</sup> Bohnet/ Gold (2010).

<sup>73</sup> Diese Einheit, deren Aufgaben denen des deutschen THW ähneln, diente ursprünglich der Aufnahme ehemaliger UCK-Mitglieder.

<sup>74</sup> NATO (2010).

<sup>75</sup> Council of Europe (2010).

Ein weiterer Akteur ist die **Internationale Lenkungsgruppe** (International Steering Group, ISG), die aus 25 Mitgliedsstaaten besteht, darunter 20 EU-Staaten und den USA. Sie wurde im Februar 2008 zwei Wochen nach der Unabhängigkeitserklärung Kosovos nach Vorgabe des Ahtisaari-Plans gegründet. Sie richtete im Kosovo das Amt des International Civilian Representative (ICR) und das ihn unterstützende **International Civilian Office (ICO)** ein. Das ICO umfasst etwa 200 Mitarbeiter, die die kosovarischen Strukturen unterstützen und die Unabhängigkeit Kosovos befördern sollen<sup>76</sup>. Das ICO sollte als oberste Autorität die Umsetzung des Ahtisaari-Plans und die Kooperation der internationalen Akteure überwachen. Diese Rolle kann es aber nicht voll ausfüllen, da es seit seinem Bestehen von Belgrad und den Serben mit der Begründung boykottiert wird, keine rechtliche Grundlage zu besitzen<sup>77</sup>. Es muss sich also bei seiner Arbeit auf die Kooperation mit der kosovarischen Regierung beschränken.

Neben den Missionen der internationalen Organisationen sind viele Staaten mit eigenen diplomatischen Vertretungen in Kosovo präsent. Die **USA** stellen dabei die stärkste Präsenz. US-Beamte sind als Experten und Berater in fast allen Institutionen Kosovos vertreten und die United States Agency for International Development (USAID) koordiniert die finanzielle und humanitäre Hilfe der USA für Kosovo<sup>78</sup>. Bei einer Konferenz der Geberländer im Juli 2008 waren die USA mit einer Zusage über 400 Millionen Dollar der größte bilaterale Geldgeber<sup>79</sup> und erweitern mit diesen Aktionen ihren Einfluss in der Region. Dem dient auch die Einrichtung des Camp Bondsteel, der größten US-Militärbasis, die seit dem Vietnamkrieg gebaut wurde.

### **Widersprüchliche Interessen am Beispiel der Statusneutralität**

Nicht nur zwischen Serbien und Kosovo ist dessen Unabhängigkeit strittig, sondern auch innerhalb und zwischen den internationalen Organisationen, die Missionen nach Kosovo entsandt haben. Die Haltung der internationalen Missionen gegenüber der Unabhängigkeit beeinflusst auch ihre Arbeit. Bis auf das ICO haben alle Missionen sich auf Statusneutralität festgelegt.

Die OMiK beruft sich auch nach der Unabhängigkeitserklärung auf ihre Statusneutralität und schließt Aktionen aus, die zu einer Legitimierung der kosovarischen Regierung beitragen

---

<sup>76</sup> International Steering Group for Kosovo (2011).

<sup>77</sup> Czaplinski (2009), S. 184.

<sup>78</sup> Kramer / Dzihic (2005), S. 34.

<sup>79</sup> tagesschau.de (2008).

könnten. Dennoch fürchteten Serbien und Russland (als Mitglieder der OSZE), dass die OMiK dazu benutzt werden könnte, den Ahtisaari-Plan, der die Unabhängigkeit Kosovos implizit vorsah, durchzusetzen. Daher wird das Mandat der Mission seit Januar 2008 nicht mehr wie üblich für sechs Monate, sondern nur noch monatsweise verlängert. Auch die Albaner in Kosovo waren anfangs unzufrieden mit der Verpflichtung auf Statusneutralität und dem Mandat, dass es der OMiK verbietet, an der Durchsetzung des Ahtisaari-Plans mitzuwirken. Mittlerweile haben sie wie auch Serbien diese Haltung akzeptiert<sup>80</sup>. Auch EULEX arbeitet auf der Grundlage der Statusneutralität, da sie erkannt hat, dass diese eine formale Voraussetzung dafür ist, dass die OMiK mit EULEX kooperieren kann und die Arbeit von EULEX von der serbischen Bevölkerung akzeptiert wird. Der statusneutrale Rahmen wird durch die UN und die Resolution 1244 des Sicherheitsrates gesteckt. Auch der Einsatz der NATO legitimiert sich über diese Resolution, ist also formal statusneutral.

Das ICO ist der einzige internationale Akteur, der nicht offiziell unter den Voraussetzungen der Statusneutralität arbeitet. Aus diesem Grund gibt es bisher auch keine formale Zusammenarbeit mit den anderen Missionen und das ICO kann seinem Ziel, den Ahtisaari-Plan umzusetzen, nur sehr eingeschränkt nachkommen.

An der Auseinandersetzung um die Statusneutralität kann man exemplarisch die Absichten und den Einfluss verschiedener Staaten auf die Entwicklung in Kosovo beobachten. In verschiedenen Organisationen haben jeweils andere Mitgliedsstaaten mehr oder weniger Einfluss. Wenn sich die Aufgabenverteilung der Organisationen ändert und eine Organisation einen größeren Handlungsspielraum erhält, erhöht dies den Einfluss der Staaten, die in ihr vertreten sind. Kurz nach der Unabhängigkeitserklärung 2008 schien eine Auflösung der OMiK wahrscheinlich und es gab Pläne, ihre Kompetenzen auf EULEX und ICR zu übertragen. Serbien, das die Diskussion um eine Beendigung angestoßen hatte, nahm schließlich doch von dieser Forderung Abstand und erklärte, dass es die Entsendung der Mission begrüßt und dass es im Gegenteil die Vereinigten Staaten seien, die sie beenden wollen. Wären die Kompetenzen auf EULEX und ICR übergegangen, wäre die internationale Kosovoarbeit der Mitbestimmung Serbiens und Russlands entzogen worden. Auf der anderen Seite hatten auch die USA und einige EU-Mitglieder Bedenken bezüglich der OMiK. Sie stellten in Frage, inwieweit die OMiK mit ihrer erklärten Statusneutralität in der Lage sei, bei der Umsetzung des Ahtisaari-Planes mitzuwirken.

---

<sup>80</sup> Dieser Abschnitt stützt sich auf Informationen aus dem OSZE Jahrbuch 2009 (Czapliński (2009), S. 182-186).

## Ziele und Interessen der Akteure

Jeder der Akteure hat bestimmte Einstellungen und Bedürfnissen und jede Gruppe vertritt bestimmte Ziele und Interessen. Für die Erarbeitung eines erfolgversprechenden Lösungsvorschlags für den Konflikt ist es nötig, diese bei der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen zu berücksichtigen. Bei der Betrachtung der Interessen der verschiedenen Akteure wird zwischen legitimen und illegitimen Interessen unterschieden. Als Grundlage für die Unterscheidung dient der Bezug auf die Grundbedürfnisse der betroffenen Menschen, das internationale Recht, sowie die allgemeinen Menschenrechte, und allgemeine ethische Grundsätze. Bei der Bewältigung des Konflikts können schließlich nur die legitimen Interessen berücksichtigt werden. Es kann durchaus sein, dass sich die legitimen Interessen verschiedener Akteure widersprechen. Hier muss nun eine kreative Problemlösung ansetzen und versuchen, den Konflikt unter Berücksichtigung dieser Interessen zu bearbeiten<sup>81</sup>.

Auch wenn die Klassifizierung einem gewissen Interpretationsspielraum unterworfen ist, muss der Großteil der Interessen im Kosovo-Konflikt als legitim angesehen werden. Es sind meistens die Mittel, insbesondere die Gewalt, mit der versucht wird sie umzusetzen, die gegen die Rechte der anderen Seite verstoßen.

In der Tabelle werden diejenigen Interessen kursiv gedruckt, die sich aufgrund ihrer Begründung nicht den legitimen Interessen zuordnen lassen. Beispielsweise kann es ein legitimes Interesse der USA sein, dass sie die Anerkennung Kosovos fordert, aber ihr Wunsch danach, auf diese Weise den Einfluss Russlands zurück zu drängen, ist illegitim. Er riskiert, dass der Konflikt zwischen Russland und USA auf dem Rücken der kosovarischen Bevölkerung ausgetragen wird. Nach internationalem Recht ist es aber nur bei konkreten Menschenrechtsverletzungen möglich im Rahmen einer humanitären Intervention die Souveränität eines Staates zu verletzen.

Akteure	Ziele und Interessen
Albanische Mehrheitsbevölkerung	Eigener Staat, internationale Anerkennung, Selbstverwaltung, Ablehnung serbischer Parallelstrukturen, Befriedigung ihrer Bedürfnisse (Sicherheit, besserer Lebensstandard, Anteilnahme am öffentlichen Leben, kulturelle Identität)
Serbische Minderheitsbevölkerung	Rückkehr zum serbischen Staat, Beibehaltung und Ausbau serbischer Parallelstrukturen, Befriedigung ihrer Bedürfnisse (wie Albaner)

<sup>81</sup> Dies ist der Ansatz der Transcend-Methode von Johan Galtung, siehe Galtung (2004).

Kosovarische Regierung	Internationale Anerkennung, EU-Beitritt, Verdrängung der serbischen Parallelstrukturen und Durchsetzung der eigenen Staatlichkeit, Abzug der internationalen Missionen, Integration der Bevölkerung, Sicherheit, wirtschaftlicher Aufschwung
Serbische Regierung	Nichtanerkennung Kosovos, Parallelstrukturen erhalten, EU-Beitritt, Verbleib Kosovos bei Serbien
Internationale Verwaltung	Erfüllung ihrer Aufgaben: Beendigung des Konflikts zwischen Serben und Albanern, Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit, Verhindern von offener Gewalt (KFOR)  Stabilisierung des Staates Kosovo: Demokratisierung, Integration aller Bevölkerungsgruppen, Aufbau von Verwaltungs- und Sicherheitsstrukturen (OSZE) und Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit (EULEX)
Internationale Akteure	NATO: langfristiger Abzug der KFOR, <i>Einflussnahme Russlands verhindern</i>  EU: stabiles Europa, <i>sich als geopolitische Macht profilieren</i> , Integration des Balkan  OSZE: Sicherheit und Stabilität in der Region, Verhinderung des Auftretens von neuen Konflikten  USA: Anerkennung Kosovo, Eingliederung in die Staatengemeinschaft, <i>Zurückdrängen des Einflusses von Serbien und Russland über Kosovo</i>  Russland: <i>Einfluss der NATO und der USA als deren Führungsmacht einschränken</i>

Zusätzlich zu den in der Tabelle erwähnten Hauptströmungen gibt es innerhalb der Akteursgruppen weitere Variationen, die als Ansatzpunkte für die Entwicklung von Handlungsempfehlungen dienen können. Zum Beispiel gibt es gerade unter den Serben im Süden des Landes Gruppierungen, die sich mit einem kosovarischen Staat schon jetzt arrangiert haben.

Der Kernwiderspruch innerhalb der Bevölkerung besteht in der Frage um die Unabhängigkeit Kosovos. Auch die serbischen Parallelstrukturen sind ein Ausdruck davon, dass Serbien Kosovo als Teil seines Staates ansieht. Dieser Widerspruch muss überwunden werden. Dabei können die gemeinsamen Interessen, insbesondere der Wunsch nach der Befriedigung der Grundbedürfnisse einen wichtigen Ansatzpunkt für eine friedliche Beilegung des Konflikts liefern. Der Wunsch nach Sicherheit, wirtschaftlichen Verbesserungen, Beteiligung am öffent-

lichen Leben und der kulturellen Identität wird in den Handlungsempfehlungen wieder aufgegriffen, wenn es darum geht, eine Aussöhnung zwischen den Bevölkerungsgruppen zu erreichen.

## **Hindernisse und Chancen für den Frieden**

Im Folgenden werden Faktoren benannt, die einer friedlichen Lösung des Kosovo-Konflikts entweder im Weg stehen oder dieser zuträglich sind. Die Darstellung der Faktoren soll zeigen, wie durch konkretes problemspezifisches Handeln eine Lösung des Konfliktes vorbereitet werden kann. Eine Unterscheidung nach Faktoren auf nationaler und internationaler Ebene verdeutlicht, welche Probleme die Behörden und auch Einzelpersonen in Kosovo selbst bearbeiten und welche sie nur mit Unterstützung internationaler Partner bewältigen können.

### **Hindernisse für den Frieden**

Innerhalb des Konfliktgebietes gibt es mehrere Faktoren, die eine friedliche Lösung des Konflikts behindern.

#### **Politik der Parallelstrukturen**

Von zentraler Bedeutung ist die Politik Serbiens und seines Ministeriums für Kosovo, serbische Parallelstrukturen in Kosovo<sup>82</sup> zu finanzieren. Dies führt dazu, dass Serben im öffentlichen Dienst zwei Gehälter beziehen, jeweils eines von der Regierung in Prishtina und in Belgrad. Die Serben in Kosovo betrachten die Parallelstrukturen zwar als stabilisierenden Faktor, aber selbst wenn dies kurzfristig der Fall sein sollte, sind sie nicht vereinbar mit dem langfristigen Ziel einer Versöhnung und der Einrichtung von Strukturen, die gemeinschaftlich mit Albanern genutzt werden können. Sie stehen einer Annäherung zwischen Serben und Albanern im Weg, vertiefen die Spaltung zwischen den Volksgruppen und blockieren Schritte zur friedlichen Konfliktlösung. Die ökonomische Besserstellung der Serben in Kosovo erscheint vielen Albanern als Fortführung der Zweiklassengesellschaft aus der Zeit zwischen 1945 und 1998, stört das Gerechtigkeitsempfinden der Albaner und gefährdet damit den Frieden im Land. Unabhängig davon ob Serbien die Eigenstaatlichkeit Kosovos anerkennt, ist es für den Frieden in Kosovo notwendig, dass Serben und Albaner lernen, im Alltag innerhalb des Kosovo und grenzüberschreitend, sprich: als Nachbarn, friedlich miteinander zu verkehren. Dem

---

<sup>82</sup> OSCE (2007), S. 6.

steht eine durch die Parallelstrukturen begünstigte Abkapselung der Serben im Wege, ebenso wie die Tiefenstruktur des Konfliktes, welche sich vor allem in negativen Stereotypen über die jeweils andere Volksgruppe äußert.

Unabhängig davon, ob beispielsweise das Bildungs- und Gesundheitswesen von der Regierung in Belgrad oder Prishtina finanziert werden, sollten diese Strukturen Angehörigen aller Volksgruppen – folglich auch Roma und weiteren Minderheiten – offen stehen. Eine Überwindung der Parallelstrukturen zugunsten der Schaffung gemeinsamer serbisch-albanischer Strukturen wäre ein großer Schritt hin zur Lösung des Konfliktes auf zivilgesellschaftlicher Ebene. Solche gemeinsamen Strukturen in konkreten Lebensbereichen könnten langfristig der Traumatisierung sowohl von Serben als auch von Albanern entgegenwirken. Beide Volksgruppen sind durch die langwierige Konfrontation und Unterdrückung, die sie durch die jeweils andere Volksgruppe erfahren haben, von starken Gefühlen der Angst, der Enttäuschung und dem Wunsch nach Selbstbehauptung geprägt.

Bisher richtet sich die Aufmerksamkeit jedoch auf die Initiierung eines Dialoges auf Regierungsebene, der Fokus liegt auf staatlichen Akteuren. Mit Blick auf die schwach ausgeprägten staatlichen Strukturen Kosovos ergibt dies jedoch wenig Sinn.

### **Gefühl der Schutzlosigkeit**

Da der kosovarische Staat nicht in der Lage ist, sein Gewaltmonopol im ganzen Land durchzusetzen und nach wie vor hunderttausende Schusswaffen im Umlauf sind, herrscht sowohl unter Serben als auch unter den Albanern in Kosovo ein Gefühl permanenter Bedrohung<sup>83</sup>. Die Tatsache, dass bewaffnete Gewaltausübung sowohl durch Privatpersonen als auch durch die organisierte Kriminalität nicht ausgeschlossen werden kann, erzeugt überall in Kosovo, vor allem aber auf Seiten der serbischen Bevölkerung, ein Gefühl der Schutzlosigkeit und damit wiederum den Reflex, sich selbst zu verteidigen – und sei es mit Gewalt. Die serbische Bevölkerung beruft sich dabei auf die traumatisierenden Erfahrungen anlässlich der Unruhen im Jahr 2004. Für alle Gruppen gilt, dass die Erfahrung von Gewalt die Erwartung neuer Gewalt verstärkt und das Vertrauen in die Möglichkeit eines Friedensprozesses schwächt. Diesem Gefühl der Schutzlosigkeit entgegenzuwirken – zum Beispiel durch ethnisch gemischte, unbewaffnete Patrouillen – wäre ein wichtiger Schritt hin zur friedlichen Lösung des Konflikts. Zudem würde das Aufstellen solcher Patrouillen ein hohes Maß an Kooperation zwi-

---

<sup>83</sup> Auswärtiges Amt (2011).

schen Angehörigen der serbischen und albanischen Zivilgesellschaft demonstrieren und damit die Annäherung zwischen den Volksgruppen befördern.

### **Mangel an Rechtssicherheit**

Ein weiterer friedenshemmender Faktor ist der Mangel an Rechtssicherheit. Gerichte innerhalb Kosovos können nicht als unabhängig von parteipolitischen und mafiösen Strukturen gelten. Eine Überprüfung ihrer Urteile durch europäische Gerichte, wie etwa durch den Europäischen Gerichtshof ist nicht möglich, da Kosovo kein Mitglied der EU ist.

### **Wirtschaftliche Entwicklung**

Die ungeklärte Statusfrage sowie der Mangel an Rechtssicherheit führen zum Ausbleiben internationaler Investitionen. Diese werden dringend gebraucht, um einzelne Wirtschaftszweige wie Bergbau, Landwirtschaft und Telekommunikation auf- und ausbauen zu können. Investitionsmöglichkeiten bestehen vor allem im Bergbau, außerdem in der Landwirtschaft und in Infrastrukturprojekten. Unabhängig davon ob Kosovo ein Teil Serbiens oder ein eigener Staat ist, benötigt Kosovo Investitionen, um wirtschaftliches Wachstum und Einkommen zu erzeugen, Steuern einnehmen, um damit die staatlichen Strukturen auszubauen und soziale Gerechtigkeit zwischen Serben und Albanern im Land gewährleisten zu können. Wirtschaftliches Wachstum führt nicht automatisch zu allgemeinem Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit, er muss vielmehr durch geeignete Regelungen und soziale Institutionen so umverteilt werden, dass es allen Mitgliedern der Gesellschaft zugutekommt.

### **Organisiertes Verbrechen**

Nicht zuletzt die starke Position des organisierten Verbrechens in Kosovo gefährdet die politische Stabilität und den Rechtsfrieden im Land. Einhergehend mit dem schwachen Gewaltmonopol und dem Mangel an Rechtssicherheit nimmt die kosovarische Mafia Einfluss auf Polizei und Justiz und untergräbt so deren Glaubwürdigkeit. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, kriminellen Strukturen und der allgemein verbreiteten Korruption entgegenzutreten, die nur zu bewältigen ist, wenn Serben und Albaner sie gemeinsam angehen. Die Verdrängung mafiöser Strukturen liegt schließlich im Interesse aller Menschen in Kosovo, denn ohne ein gefestigtes Vertrauen in die Organe des kosovarischen Staates kann ein effektives

Einwerben internationaler Investitionen nicht gelingen und die wirtschaftliche Situation nicht verbessert werden<sup>84</sup>.

### **Staatsfixierung der internationalen Aufmerksamkeit**

Insgesamt lässt sich sagen, dass der Fokus auf der staatlichen Ebene und dem Einhalten politischer Standards liegt und nicht auf der Förderung des Dialoges zwischen den direkt betroffenen Menschen in Kosovo. Ein solches Vorgehen hat sich in der Vergangenheit nicht bewährt. Entscheidender ist jedoch, dass die Tiefenstruktur des Konflikts, welche Angst, Angstreaktion und gegenseitige Unterdrückung geprägt ist, nicht aufgelöst wird. Das Grundproblem der negativen wechselseitigen Wahrnehmung und des Beharrens auf althergebrachten Vorurteilen, die sich durch politische Instrumentalisierung in der Sozialstruktur der Volksgruppen verankert haben, wird somit nicht ausreichend bearbeitet.

Die wenigen Ansätze, die es hinsichtlich der Aufarbeitung der Tiefenstruktur bisher gibt, reichen nicht aus. Dies liegt an der mangelhaften Finanzierung zivilgesellschaftlicher Initiativen. Darüber hinaus stehen die Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung nicht im Fokus der staatlichen Akteure, da diese Methoden nur lokal angewendet werden können und keine starke Interessenvertretung besitzen. Diesen Missstand zu beheben, wäre ein wichtiger Schritt zur Beseitigung der Hindernisse für den Frieden auf lokaler Ebene.

Auf internationaler Ebene steht einer friedlichen Beilegung des Kosovo-Konfliktes vor allem die ungeklärte Statusfrage entgegen. Sie führt dazu, dass Kosovo der Beitritt zu einigen wichtigen internationalen Strukturen und Organisationen, egal ob als eigenständiger Staat oder als Teil Serbiens, versperrt ist. Im Fall der Europäischen Union blockiert vor allem Spanien die Anerkennung Kosovos, im Sicherheitsrat der UN lehnen Russland und China eine Aufnahme Kosovos in die UN ab<sup>85</sup>. Die Fokussierung auf die Statusfrage führt dazu, dass dringende Probleme des Alltags als zweitrangig angesehen werden. Darüber hinaus leidet Kosovo unter der Instrumentalisierung, welche das Land durch seine Funktion als Negativbeispiel für Sezessionsbestrebungen erfährt.

---

<sup>84</sup> In Zusammenhang mit der Aufdeckung von mafiösen Strukturen in Kosovo steht auch der Untersuchungsbericht des Sonderbeauftragten des Europarates Dick Marty, der schwere Vorwürfe gegen den kosovarischen Ministerpräsidenten Hashim Thaci laut werden lässt. Der Bericht nennt Thaci als Kopf einer kriminellen Organisation die während des Kosovo-Krieges 1998/1999 serbische Kriegsgefangene getötet und die Organe der Opfer verkauft haben soll. Der Originalbericht findet sich unter: <http://assembly.coe.int/ASP/APFeaturesManager/defaultArtSiteView.asp?ID=964>

<sup>85</sup> Zumeist haben diese Staaten selbst Probleme mit separatistischen Tendenzen innerhalb ihrer Grenzen.

## Chancen für den Frieden

### Verfassung

Einen wichtigen Beitrag zur Erreichung einer friedlichen Beilegung des Konflikts leistet die kosovarische Verfassung mit den dort festgelegten umfangreichen Minderheitenrechten. Das dritte Kapitel widmet sich ausschließlich den Minderheiten und deren Rechte. Den Angehörigen von Minderheiten wird Selbstbestimmung in beziehungsweise Teilhabe an allen Bereichen des privaten und öffentlichen Lebens zugesagt, zum Beispiel im Mediensektor, in der Bildung und im Bereich der Religionsausübung<sup>86</sup>. Darüber hinaus nennt die Verfassung Serbisch neben dem Albanischen als Amtssprache Kosovos. Die Gewährleistung von Minderheitenrechten soll es allen Bürgern Kosovos ermöglichen, sich politisch zu betätigen und ihre Interessen zu vertreten. Vor allem für die Angehörigen der serbischen Minderheit ist dies von zentraler Bedeutung, wenn es darum geht, ihr kulturelles und politisches Bestehen in Kosovo langfristig zu sichern und sich aktiv an einer Lösung der bestehenden Probleme zu beteiligen. Ohne Rechtsstaatlichkeit und die Möglichkeit der demokratischen Partizipation kann ein Ausgleich zwischen Serben und Albanern nicht zustande kommen. Nicht zuletzt bezeugt die Verfassung den Anspruch des kosovarischen Staates an sich selbst, das Zusammenleben aller Menschen in Kosovo unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft zu ermöglichen. Auch wenn die Wirklichkeit hinter diesem Anspruch zurückbleibt, existiert doch eine normative Struktur, die über die Koexistenz von Serben und Albanern hinausweist und den Weg für ein gemeinschaftliches Zukunftsprojekt zeigt.

### Zivilgesellschaftliche Initiativen

Zivilgesellschaftliche Initiativen oder auch von Regierungen geförderte Aktivitäten auf zivilgesellschaftlicher Ebene wie der *Kosovo Nansen Dialogue*<sup>87</sup> tragen zum Austausch zwischen politischen und gesellschaftlichen Vertretern aller Volksgruppen bei. Diese vom norwegischen Außenministerium gegründete Organisation versucht zur Friedensförderung und zu einer Versöhnung zwischen den Volksgruppen beizutragen, indem sie den interethnischen Dialog zwischen einflussreichen Vertretern und Gruppen aus den verschiedenen Volksgruppen fördert<sup>88</sup>. Wichtige Persönlichkeiten sollen in die Bevölkerung zurück wirken, gegenseitiges Verständnis fördern und eine Entspannung des Konflikts herbeiführen. Ein anderes Beispiel für die

---

<sup>86</sup> Auch die serbische Verfassung gewährt Minderheiten umfangreiche Rechte und benennt internationale Verträge, wie die FCNM als direkt anwendbar. Siehe dazu: <http://www.ustavni.sud.rs/page/view/en-GB/235-100028/constitution> Kapitel II.

<sup>87</sup> Nansen Dialogue Network (2011).

<sup>88</sup> Siehe dazu: Akteurspyramide von John Paul Lederach in forumZFD (2011).

Möglichkeiten zur Förderung von Dialog auf zivilgesellschaftlicher Ebene wird vom gibt das *Institute for Sustainable Communities*<sup>89</sup>, das 1991 von einem ehemaligen US-Gouverneur gegründet wurde. Ziel des Instituts ist es, lokale Gemeinden durch die Vermittlung von Wissen und technische Unterstützung in die Lage zu versetzen, sich selbst zu helfen. In Kosovo wählt das Institut vor allem einen Graswurzelansatz, das heißt es bemüht sich darum, lokale NGOs durch die Herausbildung einer zivilgesellschaftlichen Infrastruktur zu fördern, unter anderem durch das zur Verfügung stellen von gemeinsamen Räumen, PC-Ausrüstung et cetera Gerade solche Graswurzelaktivitäten bedürfen der verstärkten Aufmerksamkeit. Sie sind es, die auf zivilgesellschaftlicher Ebene das Zusammenleben und die Kooperation zwischen Serben und Albanern ermöglichen und damit auf eine friedliche Konfliktlösung, unabhängig von der Regierungsebene und dem Status Kosovos, hinarbeiten.

### **Polizei**

Der OSZE ist es gelungen, ein multiethnisches Polizeiwesen aufzubauen. So hat sie für die Zusammensetzung des Kosovo Police Service (KPS) Quoten für die Partizipation der Angehörigen ethnischer Minderheiten eingeführt. Der Anteil serbischer Polizeibeamter lag 2002 bei 8% der etwa 5000 Angehörigen des KPS<sup>90</sup>. Bis zum Jahr 2006 hatte sich die Zahl der KPS Beamten auf 7233 und der Anteil der Serben auf 10% erhöht<sup>91</sup>. Der Anteil von Serben unter den Beamten des KPS entspricht damit ihrem prozentualen Anteil an der Gesamtbevölkerung. Um sicherzustellen, dass die multiethnische Struktur des KPS weiter ausgebaut wird und den gewünschten Gewinn an Vertrauen in der serbischen und albanischen Bevölkerung erzielt, könnte der Einsatz einer unabhängigen Überwachung sinnvoll sein.

In Kosovo ist die nötige staatlich-administrative Infrastruktur größtenteils geschaffen worden. Eine Verlagerung hin zu Überwachung und Beratung seitens der UNMIK wäre deshalb wünschenswert. Nichtsdestotrotz tragen UNMIK und KFOR zur politischen Stabilität und zur inneren Sicherheit Kosovos bei und verhindern gewalttätige Konfrontationen zwischen den einzelnen Volksgruppen.

### **Mediensystem**

Ähnliches gilt für das Mediensystem in Kosovo. Im Jahr 2006 wurden in Kosovo 121 elektronische und 19 Printmedien erfasst. Davon gehörten 30% beziehungsweise 16% serbischen

---

<sup>89</sup> International Steering Group for Kosovo (2011).

<sup>90</sup> Roszbacher (2004), S. 214.

<sup>91</sup> KIPRED (2006), S. 13.

Eigentümern<sup>92</sup>. Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunksender Radio Television Kosovo (RTK) sendet ca. 10% seines Programms in serbischer Sprache<sup>93</sup>. Medienangebote in serbischer Sprache sind frei verfügbar. Diese Erfolge weithin sichtbar zu machen und positive Erfahrungen aus dem Polizei- und Medienwesen auf andere gesellschaftliche Bereiche, wie zum Beispiel die Ausbildung von Lehrern zu übertragen, hätte große Signalwirkung für alle Serben und Albaner in Kosovo.

### **Gemeinsame Interessen**

Unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit teilen Serben und Albaner den Wunsch nach der Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse. Sie wünschen sich politische Stabilität, wirtschaftlichen Aufschwung, den freien Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und körperliche Unversehrtheit. Diese gemeinsamen Wünsche bilden eine Ausgangsbasis für eine Zusammenarbeit an konkreten Einzelprojekten, wie der Errichtung lokaler Infrastruktur, welche die Lebensqualität aller Beteiligten verbessern.

Auch hinsichtlich der Einbindung in die internationale Zusammenarbeit teilen Serben und Albanern im Kosovo und in den Nachbarstaaten den Wunsch nach einem EU-Beitritt. Die EU hat es sich zur Aufgabe gemacht, Frieden und Stabilität in der gesamten Region zu fördern, unterhält daher Verbindungsbüros im Kosovo und führt über diese regelmäßig Gespräche mit der Regierung Kosovos. Ob dieser zunehmend institutionalisierte Austausch zwischen kosovarischer Regierung und EU zum EU-Beitritt Kosovos führen wird, ist ungewiss. Gleichwohl lässt sich vermuten, dass mit dem institutionalisierten Austausch Lernprozesse einhergehen, im Rahmen derer Serben und Albaner erkennen, dass sie ihre jeweiligen und auch gemeinsamen Interessen zusammen und auf friedlichem Wege besser durchsetzen können als getrennt. In diesem Zusammenhang wäre ein Aufnahme Kosovos in europäische Strukturen, wie die Group of States against Corruption (GRECO)<sup>94</sup> begrüßenswert<sup>95</sup>.

An dieser Stelle muss angemerkt werden, dass laut Medienberichten im März 2011 die serbische und kosovarische Regierung mit Unterstützung der EU erste Gespräche über technische Probleme aufgenommen haben. Gegenstand dieser Gespräche sind unter anderem Fragen der Telekommunikation und des grenzüberschreitenden Warenverkehrs. Beide Seiten betonen je-

---

<sup>92</sup> ebd., S. 15.

<sup>93</sup> Council of Europe (2008), S. 26.

<sup>94</sup> GRECO ist ein Organ des Europarates, das sich mit Korruptionsbekämpfung und der Überwachung entsprechender Maßnahmen, in den Mitgliedsstaaten des Europarates, befasst.

<sup>95</sup> Dem steht jedoch im Wege, dass die erforderliche 2/3-Mehrheit der bisherigen Mitglieder vermutlich nicht zustande kommen würde.

doch, dass die Statusfrage Kosovos mit diesen Gesprächen in keinem Zusammenhang stünde<sup>96</sup>.

### **Langfristiges internationales Engagement**

Auch das hohe Maß an Arbeit und Finanzmitteln, das seitens der internationalen Verwaltung und der Geberländer in Kosovo eingesetzt wurde, spricht dafür, dass internationale Organisationen wie die UN weiter auf eine friedliche Beilegung des Konflikts hinarbeiten werden. Ein Scheitern der friedlichen Konfliktbeilegung käme einem Versagen gleich, das vor allem für die EU einen herben außenpolitischen Ansehensverlust bedeuten würde. Darüber hinaus sind alle Länder, die sich im Rahmen der KFOR militärisch in Kosovo engagieren, daran interessiert, ihre Truppen möglichst bald abziehen zu können. Dies ist jedoch nur möglich, wenn der Konflikt dauerhaft gelöst wird, da anderenfalls ein erneuter Ausbruch der Gewalt zwischen Serben und Albanern nicht ausgeschlossen werden kann.

## **Zukunft des Konflikts**

Das Ziel der zivilen Konfliktbearbeitung ist es, die Eskalation in einem Konflikt zu verhindern oder, wenn diese bereits eingetreten ist, die Gewalttätigkeit zu stoppen und eine friedliche Lösung der Probleme zu ermöglichen.

Die hier formulierten Handlungsempfehlungen sollen zeigen, wie eine Bearbeitung des Kosovo-Konflikts unterhalb der Gewaltschwelle gefördert werden kann. Ein zentraler Punkt ist dabei die Notwendigkeit, einen Dialog und Austausch zwischen den Akteuren zu initiieren, damit die Bevölkerungsgruppen der Serben und Albaner in Kosovo die Interessen des jeweils anderen kennenlernen, verstehen und eine gemeinsame Zukunft entwickeln können.

Da die Frage um den Status Kosovos als unabhängiger Staat oder Teil Serbiens gegenwärtig nicht geklärt werden kann, wird sie auch bei der Formulierung der Handlungsempfehlungen ausgeklammert. Würde man in der Statusfrage für eine Seite entscheiden und die Empfehlungen auf Grund dieser Entscheidung entwickeln, wäre die andere Seite nicht mehr bereit, an dem vorgeschlagenen Prozess teilzunehmen. Die Handlungsempfehlungen werden also unabhängig von der Statusfrage ausgesprochen, weil die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Bevölkerungsgruppen Vorrang haben muss. Sie sollen mit allen denkbaren Lösungen vereinbar sein, also nicht von der einen oder anderen Seite für ihre jeweiligen Zwecke

---

<sup>96</sup> BBC (2011) und Ekonom (2011).

instrumentalisiert werden können. Mit dieser Prioritätensetzung ist die Erwartung verknüpft, dass der Konflikt obsolet wird, wenn die betroffenen Bevölkerungsgruppen nach einiger Zeit gelernt haben, friedlich miteinander zu leben und auch Mechanismen entwickelt haben, um auftretende Konflikte eigenverantwortlich und gewaltfrei zu lösen.

Dieses Vorgehen weist Ähnlichkeiten zu der ursprünglichen UN Strategie „Standards before Status“ auf, die ein Funktionieren Kosovos sichern sollte, bevor über die Statusfrage diskutiert werden würde. Anders als dieser Ansatz geht es bei diesen Handlungsempfehlungen weniger darum, Prinzipien wie demokratische Institutionen und Rechtsstaatlichkeit sicherzustellen, als vielmehr darum das konkrete Zusammenleben zwischen den Serben und Albanern in Kosovo zu verbessern und solche Fortschritte im Alltagsleben erfahrbar zu machen.

### **Ein alternativer Vorschlag**

Die Lösungsvorschläge, die es bisher für den Kosovo-Konflikt gibt, drehen sich alle um die Unabhängigkeit Kosovos von Serbien als zentralen Punkt des Konflikts. Es gibt aber auch eine Alternative, die sich nicht auf die beide Antwortmöglichkeiten zur Statusfrage verengen lässt. Anstatt sich auf eine der zwei Möglichkeiten festzulegen und sich damit auf die Seite einer der Parteien zu stellen, schlägt der norwegische Friedensforscher Johan Galtung einen anderen Ansatz vor. Unter Anwendung seiner Transcend-Methode, die versucht Konflikte zu lösen, indem sie Vorschläge macht, die für beide Parteien vorteilhaft sind, plädiert er für eine Aufteilung Kosovos. Er schlägt vor, Kosovo nach Schweizer Vorbild in albanische und serbische Kantone mit umfangreicher Autonomie zu unterteilen. Auf lange Sicht soll eine Konföderation aus Serbien, Kosovo und Albanien entstehen.<sup>97</sup> Die Staaten, die Ausgangspunkt des Konflikts waren, lösen sich in einem auf. Durch die Autonomie kann jede Volksgruppe und Region ihre eigenen Interessen vertreten und durchsetzen.

Die Überlegungen und die folgenden Handlungsempfehlungen sind mit diesem Ansatz verträglich, da auch sie unabhängig von der Statusfrage umgesetzt werden sollten. Das angestrebte bessere Verhältnis zwischen den Bevölkerungsgruppen würde auch in einer Konföderation das Zusammenleben und die Verständigung erleichtern.

### **Chancen und Hindernisse in den Handlungsempfehlungen**

Die folgenden Handlungsempfehlungen beziehen sich unter Anderem auf jene Aspekte, die im Abschnitt „Hindernisse und Chancen für den Frieden“ behandelt wurden. Konkret geht es um die Punkte zivilgesellschaftlicher Dialog, Realisierung der Grundbedürfnisse und Ausbau

---

<sup>97</sup> Die Presse (2011).

des gemeinschaftlichen Mediensystems. In diesen drei Bereichen ist ein Engagement jenseits staatlicher Strukturen möglich, zivilgesellschaftliche Akteure haben großen Spielraum für eigene Projekte und jeder Einwohner Kosovos hat zu diesen Bereichen einen persönlichen Bezug. Die staatsfixierte internationale Aufmerksamkeit, welche als friedenshemmender Faktor beschrieben wurde, ist ausschlaggebend dafür, die folgenden Handlungsempfehlungen auf die zivilgesellschaftliche Ebene zu fokussieren.

Der zivilgesellschaftliche Dialog ist bereits jetzt ein friedensfördernder Faktor und sollte deshalb weiter gestärkt werden. Zu diesem Zweck werden in jenen Bereichen Handlungsempfehlungen gegeben, in denen zivilgesellschaftliche Arbeit sinnvoll erscheint.

Die Realisierung von Grundbedürfnissen beziehungsweise der gemeinsamen Interessen erscheint ebenfalls als ein geeignetes Feld für die zivile Konfliktbearbeitung. Die Angehörigen der Volksgruppen teilen viele Grundbedürfnisse und so tragen Handlungsempfehlungen, die auf eine gemeinsame Realisierung dieser Bedürfnisse abzielen, zur Intensivierung des Austausches und damit auch zum zivilgesellschaftlichen Dialog bei.

Selbiges gilt für den Ausbau des gemeinschaftlichen Mediensystems. Vor allem beim Abbau von Stereotypen und der positiven Aufarbeitung des Konfliktes spielen Medien eine wichtige Rolle. Daher werden Vorschläge für ein weiteres friedensförderndes Engagement und auch zur Professionalisierung der Medien im Kosovo gemacht.

Den internationalen Akteuren, die auch als friedensfördernder Faktor dargestellt wurden, werden ebenfalls konkrete Handlungsempfehlungen ausgesprochen. Entsprechend ihrer Mandate sollen sie friedenshemmende Faktoren, wie zum Beispiel das Gefühl der Schutzlosigkeit und den Mangel an Rechtssicherheit beseitigen.

Der von Serben und Albanern geteilte Wunsch nach einem EU-Beitritt spielt in den Handlungsempfehlungen deshalb keine Rolle, weil die Zivilgesellschaft im Kosovo selbst keine Möglichkeiten hat diesen Beitritt zu erwirken.

Der Bezug zu Deutschland wird in den Handlungsempfehlungen nur indirekt deutlich. Der deutsche Staat selbst kann zur zivilen Konfliktbearbeitung nur insofern etwas beitragen, als das er deutsche Organisationen (wie zum Beispiel die Deutsche Welle und das forumZFD) finanziell unterstützt.

## **Handlungsempfehlungen**

Der Großteil der Handlungsempfehlungen richtet sich nicht an die kosovarische oder serbische Regierung, die ihre festgefahrenen Positionen bei der vorliegenden politischen Stimmung kaum ändern können, oder an die internationalen Missionen, deren Handlungsspielräu-

me durch die jeweiligen Mandate eingeschränkt werden, sondern an die Menschen in der kosovarischen Zivilgesellschaft.

### **Zivilgesellschaftliche Entwicklungen**

Die Empfehlungen richten sich hauptsächlich an herausragende Personen sowohl im serbischen als auch im albanischen Teil der Bevölkerung, die in ihrer jeweiligen Gemeinschaft verankert sind und durch ihre Stellung die Möglichkeit besitzen, die Menschen in ihrer Umgebung zu beeinflussen und von den Vorteilen einer Beilegung des Konflikts zu überzeugen. Dabei hilft, dass sie im Gegensatz zum exponierten Regierungspersonal in der Lage sind, ihre Meinungen zu relativieren oder zu ändern, ohne vor ihrer Gemeinde das Gesicht zu verlieren. Wenn man diese Personen, die vielleicht anfangs selbst Verfechter einer problematischen Ideologie sind, von der Idee des friedlichen Zusammenlebens überzeugt, kann sich dies multiplikativ auf die Menschen in ihrer Umgebung auswirken. Der Kreis dieser Personen umfasst beispielsweise Lehrer, Journalisten, Polizisten, Bürgervertreter und Leiter lokaler NGOs. Mit diesen Zielpersonen ähnelt dieser Ansatz auch dem des *Kosovo Nansen Dialogue*. Unter der Voraussetzung, dass dieser Personenkreis für eine Mitwirkung gewonnen werden kann, werden die folgenden Handlungsempfehlungen formuliert und begründet.

### **Multiethnische Medienarbeit**

Die Stärkung und der Ausbau des multiethnischen Medienwesens sind wichtige Schritte in Richtung eines friedlichen Miteinanders, denn Journalisten sind Träger beziehungsweise Repräsentanten der öffentlichen Meinung. Auf diesem Gebiet sind bereits Erfolge erzielt worden. Der Abbau von Feindbildern und Stereotypen und die Betonung kultureller Gemeinsamkeiten durch die Medien ist, neben den Anstrengungen anderer zivilgesellschaftlicher Akteure (zum Beispiel Lehrer und Geistliche) eine grundlegende Bedingung für die Annäherung und den Dialog zwischen Serben und Albanern. Daher werden folgende Empfehlungen ausgesprochen:

- Vorhandene Gemeinsamkeiten von Serben und Albaner sollen betont werden. In der Kultur existieren sie aufgrund der osmanischen Prägung in der Ähnlichkeit von Essen, Musik, traditioneller Kleidung und anderer Folklore.
- Zusätzlich sollen Ansatzpunkte für neue kulturelle Gemeinsamkeiten geschaffen werden. Dazu sollen Kulturschaffende wie bildende Künstler, Musiker und Filmemacher angesprochen werden. In Workshops sollen sie Ideen entwickeln, austauschen und Projekte gemeinsam verwirklichen können.

- Es soll der Abbau von Vorurteilen und die Zusammenarbeit in den Medien gestärkt werden. Dazu sollen Vertreter der Volksgruppen gemeinsam publizieren und bestehende Kooperationen wie *Radio Television Kosovo* (RTK) weiter ausgebaut werden. Medienschaffende sollen sich öffentlich für die gemeinsame Lösung alltäglicher Probleme aussprechen. Dies soll durch öffentliche Mittel gefördert und durch die Veranstaltung von Workshops über gute journalistische Praxis und Kriterien ausgewogener Berichterstattung vertieft werden<sup>98</sup>. Diese Workshops können international durch Journalistenverbände und ausländische Sender und Verlage, unterstützt werden. Ein möglicher Partner bei der Veranstaltung solcher Workshops ist die *Deutsche Welle-Akademie* die in der Vergangenheit viele Medientrainings für Journalisten in Konfliktregionen angeboten hat und dabei auf die finanzielle Unterstützung sowohl staatlicher als auch nicht-staatlicher Partner in Deutschland zurückgreifen konnte<sup>99</sup>.
- Zusätzlich soll vermieden werden, dass in journalistischen Arbeiten Stereotypen über die anderen Volksgruppen verbreitet oder gefördert werden. Ein Vorbild für ein Format kann zum Beispiel die Serie „Türkisch für Anfänger“ sein, in der das Zusammenleben von Türken und Deutschen in Deutschland auf humoristische Art thematisiert wird. Die Serie wurde für diesen Ansatz mit dem Grimme-Preis prämiert<sup>100</sup>. Denkbar wäre in diesem Zusammenhang auch die Schaffung eines kosovarischen Journalistenpreises für Verständigung zwischen den Volksgruppen.

### **Multiethnische Jugendarbeit**

Zum einen scheint es in der jungen Generation leichter, Vorurteile abzubauen und ein spielerisches Kennenlernen, auch auf sprachlicher Ebene, zu ermöglichen. Zum anderen können präventive Maßnahmen umgesetzt werden, die verhindern sollen, dass alte Feindbilder an die kommende Generation weitergegeben werden.

- Die Jugendarbeit und der -austausch sollen durch Mitarbeiter lokaler NGOs gefördert werden. Dazu eignen sich besonders Projekte mit Kindern aller Ethnien zu Themen wie Umweltschutz, wie sie zum Beispiel vom *Institute for Sustainable Communities*<sup>101</sup> durchgeführt werden. Erste positive Erfahrungen mit solchen Projekten geben Anlass

---

<sup>98</sup> Bilke (2004).

<sup>99</sup> Der DW-Jahresbericht 2008 nennt unter anderem die Deutsche Post, die Weltbank und die Stadt Bonn als Unterstützer. Vgl. Deutsche Welle (2008).

<sup>100</sup> Grimme Institut (2007).

<sup>101</sup> Das *Institute for Sustainable Communities* unterstützt multiethnische Gemeinden beim Aufbau gemeinschaftlicher Strukturen, die dem Umweltschutz dienen.

zur Hoffnung. Auch das Entwicklungsprogramm der UN hat ein entsprechendes Projekt zum Umweltschutz als Erfolg gewertet<sup>102</sup>.

- Zusätzlich sollen gemeinsame Ferienlager angeboten werden, in denen Kinder sich jenseits der Vorurteile ihrer Herkunftsgruppen kennen und schätzen lernen können. Ein möglicher Veranstaltungsort könnte der Ohridsee in Mazedonien sein. Die geographische Nähe zu Kosovo und die positiven Erfahrungen, die in Mazedonien hinsichtlich der Lösung eines ähnlichen Konflikts gesammelt wurden, können eine Vorbildfunktion einnehmen. In Mazedonien leben Albaner und christlich-orthodoxe Mazedonier seit dem Ohrid-Abkommen 2004 friedlich zusammen, was der Zustimmung serbischer und albanischer Eltern aus Kosovo zur Veranstaltung eines solchen Ferienlagers sicherlich zuträglich wäre.
- Projekte sollen Kinder in Familien der anderen Ethnie führen. Als Vorbild kann die *Aktion Sühnezeichen Friedensdienst*<sup>103</sup> dienen.

### **Gemeinsame Vergangenheit**

- Eine multiethnisch besetzte (Historiker-)Kommission soll zusammentreten und einen gemeinsamen Geschichtsunterricht für die Schulen erarbeiten, der Gemeinsamkeiten in der Geschichte betont. Sobald ein solches Programm erarbeitet worden ist, soll bei den entsprechenden staatlichen Stellen von zivilgesellschaftlichen Initiativen um Akzeptanz geworben werden. Zum Beispiel könnte die Tatsache betont werden, dass bei der Schlacht auf dem Amselfeld auch Albaner auf Seiten der Serben gegen die Türken kämpften. Kosovarische Wissenschaftler können auf deutscher Seite durch Wissenschaftler, die in der *Südosteuropa-Gesellschaft*<sup>104</sup> zusammenarbeiten und über einen großen Fundus an Fachwissen hinsichtlich des Kosovo-Konfliktes verfügen, unterstützt werden und sich für den Dialog in dieser Region einsetzen. Einen lobenswerten Ansatz gibt das forumZFD mit seinem Projekt „Dealig with the past“. Das Projekt beschäftigt sich mit der Vergangenheitsbewältigung im Kosovo und richtet sich an die Angehörigen aller Volksgruppen<sup>105</sup>. In diesem Rahmen können Serben und Albaner zusammenarbeiten und sich gemeinsam mit der Aufarbeitung der Tiefenstruktur des Konfliktes beschäftigen.

---

<sup>102</sup> UNDP (2011).

<sup>103</sup> Die Aktion Sühnezeichen Friedensdienst setzt sich für eine Verständigung zwischen den Generationen, Kulturen, Religionen und Völkern ein. Im Kosovo engagiert sie sich vor allem für die Volksgruppe der Roma. Sie besitzt die nötigen Kompetenzen um in Zukunft auch die interethnische Kommunikation zu befördern.

<sup>104</sup> <http://www.suedosteuropa-gesellschaft.com>

<sup>105</sup> Dealing with the past (2011).

- Zusätzlich sollen gemeinsame Orte der Erinnerung, die beide Bevölkerungsgruppen verbinden, gefunden oder geschaffen werden. Außerdem soll erreicht werden, dass die Gotteshäuser beider Religionen als gemeinsames Kulturgut betrachtet werden.

### **Konfliktarbeit**

- Es sollen Konflikttrainings vor Ort oder in Drittländern angeboten werden, bei denen Mediatoren aus- und fortgebildet werden, die auftretende Konflikte in den Gemeinden, in Schulen und Betrieben begleiten und Friedensarbeit leisten, indem sie die Konfliktkompetenz der Bürger erhöhen. Gemeinden sollen in die Lage versetzt werden, vor Ort selbst Mediatoren auszubilden. Wie verschiedene friedenspädagogische Modelle gezeigt haben, können bereits Schüler früh mit den notwendigen Techniken vertraut gemacht werden. Beispiele dafür finden sich beim Institut für Friedenspädagogik<sup>106</sup> und beim Transcend Netzwerk<sup>107</sup>. Eine Unterstützung könnte dabei durch die Organisation *Kosovo Center for Conflict Management*<sup>108</sup> vermittelt werden, die sich seit 2001 mit Mediation in Kosovo befasst.
- Bei der Organisation von lokalen Vereinen (im Bereich Sport, freiwillige Feuerwehr et cetera) soll darauf geachtet werden, dass sich alle Bevölkerungsgruppen einbringen können. Wo solche Möglichkeiten nicht bestehen, sollen sie geschaffen werden. Zu diesem Zweck sollten die wenigen verbliebenen multiethnischen Dörfer besonders gefördert werden. Sie könnten als Beispiel für ein gelungenes Zusammenleben dienen. Bei diesen Gelegenheiten können sich Serben und Albaner besser kennenlernen, Gemeinsamkeiten entdecken und in einem entspannten, informellen Rahmen persönliche Vorurteile abbauen. Dieser Prozess muss unbedingt von Mediatoren begleitet werden, die im Fall von Konflikten vermitteln können.

### **Foren und Netzwerke**

Die persönlichen und professionellen Netzwerke, die sich aus gemeinsamer Zusammenarbeit ergeben, dienen dem Vorteil aller Beteiligten. Serben und Albaner können gemeinsam kleinere Infrastrukturprojekte angehen, Handelskanäle nutzen und ihren Interessen gegenüber Dritten gemeinsam Nachdruck verleihen. Hier ergänzen sich berufliche Qualifikationen und Beziehungen zum allgemeinen Vorteil. Durch diese Form der Zusammenarbeit entstehen Interdependenzen und Synergieeffekte.

---

<sup>106</sup> Institut für Friedenspädagogik (2011).

<sup>107</sup> transcend.org (2011).

<sup>108</sup> Partners Global (2011).

- Es sollen auf lokaler Ebene Foren gebildet werden, die von Vertretern aller Volksgruppen besucht werden. Diese sollen als institutionalisierte Gesprächsrunden dienen, in denen konkrete technische Probleme wie Fragen der Gemeindearbeit thematisiert werden und auftretende Konflikte zum Beispiel über Eigentumsfragen auf lokaler Ebene geklärt werden können.
- Es sollen Strukturen geschaffen werden, in denen die Bevölkerungsgruppen zusammenarbeiten. Dies kann bei der Errichtung von Infrastruktur geschehen, die danach von allen benutzt wird oder durch den Aufbau gemeinsamer Handelsstrukturen, die den Güterhandel zwischen Serben und Albanern befördern und die Versorgung mit Konsumgütern gewährleisten.

### **Gemeinsames Bildungswesen**

Der Aufbau gemeinsamer Bildungsstrukturen ist der nächste und womöglich schwierigste Schritt. Um dies zu erreichen und auch dem Unterricht aller Kinder in Serbisch und Albanisch zuzustimmen, braucht es ein großes Maß an gegenseitigem Vertrauen. Dieses sollte im Verlauf der beschriebenen Schritte gewachsen sein.

- Es soll ein gemeinschaftliches Schulwesen eingerichtet werden. Regionale Verantwortliche sollen dafür sorgen, dass albanische und serbische Kinder zusammen und mit den Kindern der anderen Minderheiten von multiethnischen Lehrerteams unterrichtet werden. Der Unterricht soll in Serbisch und Albanisch stattfinden und die Kinder sollen beide Sprachen erlernen. Auch die Angehörigen der anderen Minderheiten sollen die Möglichkeit haben, in bestimmten Schulstunden ihre Sprache zu sprechen. Als Ergänzung dazu könnten sich auch deutsche Lehrer beteiligen und Deutsch oder Englisch als einheitliche Fremdsprache unterrichten. Als Außenstehende ständen sie den unterschiedlichen Ethnien neutral gegenüber. Ein erster Kontakt könnte über die Organisation *Schüler helfen Leben*<sup>109</sup> hergestellt werden, um Freiwillige für diese Aufgabe zu gewinnen. Die Organisation hat sich in der Vergangenheit bereits im Kosovo engagiert und kann viele deutsche Lehrkräfte ansprechen.
- Es soll eine private Universität in Mitrovica gegründet werden, die für alle Bevölkerungsgruppen in Kosovo offen ist<sup>110</sup>. Sowohl das Lehrpersonal als auch die Studenten sollen sich durch eine Quotenregelung aus den verschiedenen Ethnien Kosovos zusammensetzen. Die Finanzierung könnte durch Spenden aus den Teilen der Bevölke-

<sup>109</sup> Schüler helfen Leben (2011).

<sup>110</sup> Gegenwärtig ist die Universität in Mitrovica nur für Serben zugänglich. Die Universität in Prishtina steht zwar im Prinzip den Angehörigen aller Volksgruppen offen, wird aber kaum von Serben besucht.

rung erfolgen, die sich eine Aussöhnung zwischen Serben und Albanern wünschen. Mitrovica soll somit ein Symbol für die Möglichkeit der Einigung der vorher geteilten Stadt setzen. Dies wäre ein weiterer Schritt, der auch unabhängig von den jeweiligen Regierungen unternommen werden kann. Eine solche Bildungseinrichtung wäre ein starkes Symbol für gemeinschaftlich geleistete Arbeit und gegenseitiges Vertrauen. Sie wäre außerdem ein Ort des institutionalisierten Austausches und der fortwährenden Verflechtung des alltäglichen Lebens aller Menschen in Kosovo. Die weitere Finanzierung aller dieser Initiativen soll zum einen durch die EU und den Europarat geschehen, zum anderen durch westliche Einzelstaaten, bei denen die OSZE für Akzeptanz und Unterstützung wirbt. So kann auch das deutsche Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung den Prozess unterstützen, um das deutsche Engagement in Kosovo zu unterstreichen.

Diese Unternehmungen sind unter Umständen nicht so prestigeträchtig und öffentlichkeitswirksam wie größer angelegte Projekte, dafür sind sie aber günstiger zu finanzieren. Um sie umzusetzen, muss der politische Wille geschaffen werden, Konfliktbearbeitung nachhaltig und unterhalb der Gewaltschwelle zu betreiben.

### **Internationale Unterstützung**

Neben diesen Empfehlungen, die auf der Ebene der Bevölkerung ansetzen, werden auch Empfehlungen an die internationalen Missionen ausgesprochen. Diese sollen vor allem ihre Arbeit fortsetzen und die angestoßenen Prozesse in der Gesellschaft unterstützen.

### **EULEX**

- EULEX soll die Rechtssicherheit überwachen und einfordern und auf ihren Ausbau bestehen. Sie soll eine Professionalisierung im Justizsystem vorantreiben und einen Bewusstseinswandel bei den Akteuren bewirken. Dies soll mit Workshops erreicht werden, die beispielsweise vermitteln, wie Korruption zu Ineffizienz und Ungerechtigkeit führt und dem Gemeinwesen und allen Beteiligten schadet. Der Bekämpfung der Korruption soll eine hohe Priorität zukommen, da sie das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz und den Staat als Ganzes untergräbt. Eine solche aktive Bekämpfung besitzt eine hohe Symbolkraft. Als beispielhaft kann die öffentlichkeitswirksame An-

klage gegen den kosovarischen Verkehrsminister im Mai 2010 gelten, die verdeutlichte, dass Korruption auch auf höchster staatlicher Ebene strafrechtlich verfolgt wird<sup>111</sup>.

## **OMiK**

- OMiK soll die Überwachung und Professionalisierung des Medien- und Polizeiwesens weiterführen und die Quotenregelungen für Angehörige der Minderheiten durchsetzen.
- In diesem Zusammenhang soll sie auch in Kooperation mit der kosovarischen Polizei explizit Gemeindearbeit leisten. Zum Beispiel sollen sich die Angehörigen der Polizei, die in ethnisch gemischte Patrouillen eingeteilt sind, in ihren Gemeinden vorstellen. Es sollen Foren oder Internetseiten eingerichtet werden, auf denen sich die Bürger über ihre lokale Polizei informieren und Beschwerden einreichen können. Die OMiK soll auf diese Weise dazu beitragen, dass die Umsetzung der von ihr gesetzten Standards gewährleistet und überprüfbar wird. Polizisten sind Repräsentanten der Staatsgewalt und nehmen eine wichtige Vorbildfunktion ein. Dass ein Dialog von Angehörigen beider Ethnien im beruflichen Alltag gelebt wird, kann durch die Präsenz ethnisch gemischter Polizeieinheiten verdeutlicht werden.
- Die OMiK soll lokalen NGOs, dort wo es nötig ist, behilflich sein und sowohl die lokalen als auch die internationalen NGOs dabei unterstützen, sich untereinander zu vernetzen.
- Sie soll die politische Partizipation auf lokaler und regionaler Ebene fördern und Möglichkeiten dazu aufzeigen. Dazu kann sie beispielsweise Veranstaltungen mit Experten organisieren, die in den Gemeinden die Arbeit und den Nutzen von NGOs und Parteien erklären und beschreiben, wie die Menschen selbst Interessenvertretungen gründen können.
- Solche Veranstaltungen sollen als Ausgangspunkt für die Einrichtung von Institutionen der Erwachsenenbildung dienen, in denen zum Beispiel das Bewusstsein für die individuellen Rechte gestärkt wird. Diese Veranstaltungen sollen von lokalen NGOs oder Personen des öffentlichen Lebens durchgeführt werden. Zu diesen Maßnahmen gehört auch der Bau von Bibliotheken, in denen sich die Bevölkerung selbst weiterbilden kann. Denkbar wäre auch die Einrichtung mobiler Bibliotheken.

## **Lokale Regierungen**

---

<sup>111</sup> Vgl. EurActiv.com (2010).

Die Empfehlungen, die für die beiden Regierungen ausgesprochen werden, berücksichtigen die politische Unbeweglichkeit dieser beiden Akteure in der aktuellen Lage. Sie beschränken sich daher neben der Frage der Parallelstrukturen darauf, die serbische und die kosovarische Regierung aufzufordern, die angestoßenen Veränderungen in der Bevölkerung nicht zu blockieren oder diesen aktiv entgegenzuwirken.

### **Parallelstrukturen**

Das Problem der serbischen Parallelstrukturen im Norden Kosovos kann auf der Grundlage der Bolzano Recommendations<sup>112</sup> diskutiert werden. Diese behandeln die Situation von Bevölkerungsgruppen, deren Ausdehnung Staatengrenzen überschreitet und die beispielsweise in einem Land die Mehrheit, im angrenzenden Staat aber eine Minderheit stellen. Die Empfehlungen sehen die Garantie von Minderheitenrechten als Aufgabe des Staates, in dem die Minderheit lebt und erkennen gleichzeitig den Wunsch eines Staates an, Bevölkerungsgruppen im Ausland, denen er sich verbunden fühlt, zu unterstützen. In Kosovo entspricht dies der Unterstützung der Serben in Kosovo durch die serbische Regierung. Diese Unterstützung müsse aber mit dem Staat, in dem sich die Minderheit aufhält, in diesem Fall Kosovo, abgestimmt werden. Dies geschieht bisher nicht. Aufgabe der beiden Regierungen ist es somit, die legitime Unterstützung der Serben in Kosovo so abzusprechen und zu regeln, dass damit beide Seiten einverstanden sind. Man könnte sich beispielsweise auf eine Auskunftsspflicht der Parallelstrukturen gegenüber den kosovarischen Behörden einigen. Zusätzlich könnte jede Seite den Angestellten nur noch drei Viertel des bisherigen Lohns zahlen, statt dass diese wie bisher zwei volle Gehälter beziehen. Damit könnten Kosten eingespart werden. Außerdem würden die Serben weniger stark bevorzugt. Das noch immer erhöhte Gehalt könnte man mit dem berechtigten Interesse begründen, dass Serbien seine Bevölkerungsgruppen im Ausland unterstützen will.

### **Serbische Regierung**

Darüber hinaus soll die serbische Regierung davon absehen, den Einfluss, den sie über die Serben im Norden Kosovos hat, dazu zu nutzen, deren Integration in eine kosovarische Gesellschaft zu verhindern. Eine entsprechende Vereinbarung lässt sich in schriftlicher Form kaum treffen, könnte aber im Rahmen informeller Gespräche zwischen serbischen und albanischen Vertretern mündlich ausgehandelt werden.

---

<sup>112</sup> OSCE (2008).

### **Albanische Regierung**

Die albanische Regierung soll ihre Forderung nach Anerkennung durch Serbien oder weitere Drittstaaten aussetzen und keine anderen Maßnahmen ergreifen, die die Ausbildung einer gesamtkosovarischen Zivilgesellschaft behindern würden. Dazu zählt beispielsweise die provozierende Zurschaustellung kosovarischer Hoheitssymbole in den nördlichen Enklaven.

Die Ausbildung einer kosovarischen Zivilgesellschaft, die sowohl Serben als auch Albaner umfasst, wäre letztlich das Ziel der zivilen Konfliktbearbeitung. Sie beinhaltet keinesfalls das Ziel, alle Konflikte auszuschließen. Der Konflikt wäre versachlicht und das gegenseitige Vertrauen wäre in einem solchen Maß gewachsen, das der Streit um den Status Kosovos überholt erscheinen würde. Unter derart veränderten Vorzeichen sollte es der serbischen und albanischen Regierung möglich sein, eine konstruktive Lösung anzustreben.

Der Kosovo-Konflikt ist in seiner Geschichte allzu oft auf die Frage reduziert worden, welche Volksgruppe einen (historischen) Anspruch auf das Gebiet hat. Unabhängig von einer Antwort auf diese Frage leben sowohl Serben als auch Albaner in Kosovo und daran wird sich vermutlich auch in Zukunft nichts ändern. Um ein immer wiederkehrendes Umschlagen des Konfliktes in gewalttätige Strukturen zu verhindern, ist es deshalb sinnvoll, den Konflikt von der Frage nach dem Status zu entkoppeln und stattdessen das vertrauensvolle Zusammenleben und die Ausbildung friedlicher Strategien zur Konfliktlösung zur Regel zu machen. Wenn dies gelingt, wird die Frage nach dem Status der Region letztlich obsolet.

# Anhang

## A. Karte der ethnischen Verteilung in Kosovo

Diese Karte wurde aufgenommen, um einen besseren Überblick über die Verteilung der Ethnien in Kosovo zu erhalten. Die Dominanz der serbischen Bevölkerung in den nördlichen Re-

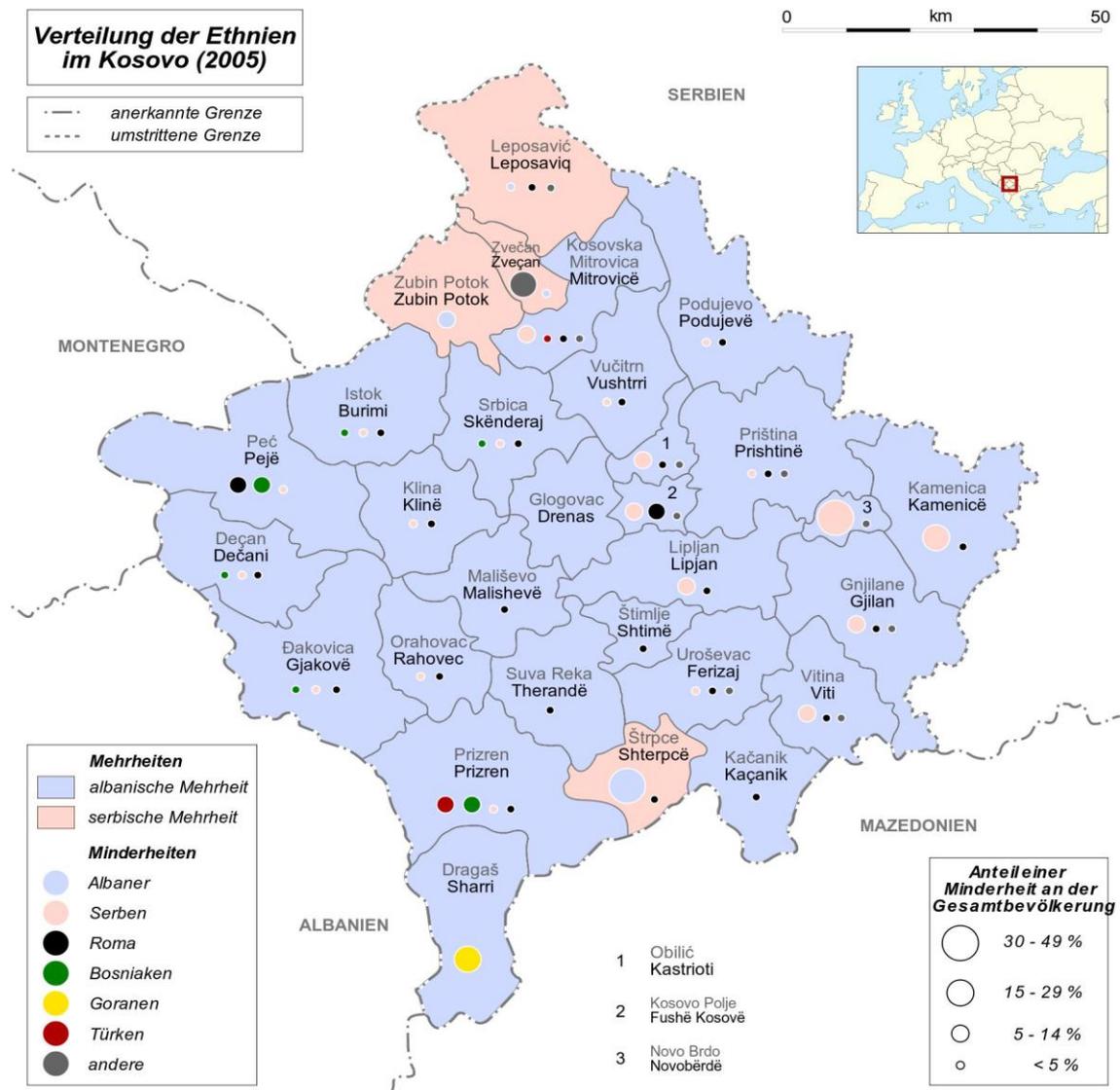


Abbildung 2: Verteilung der Ethnien in Kosovo (Quelle: de.wikipedia.org auf Grundlage der Daten des OSCE-Berichts von 2005)

gionen ist deutlich erkennbar.

## B. Das Konfliktstufenmodell nach Glasl

Das Eskalationsstufenmodell von Friedrich Glasl beschreibt den Verlauf von Konflikten in neun Stufen. Die Stufen beschreiben den Konfliktverlauf von einem zivilisierten Konflikt-niveau (Stufe 1) hin zur primitiven gegenseitigen Vernichtung der Konfliktparteien (Stufe 9). Diese neun Stufen lassen sich wiederum in drei Einheiten zu jeweils drei Stufen zusammenfassen.

Ein Konflikt der sich auf den Stufen eins bis drei abspielt, kann zum Vorteil der beteiligten Konfliktparteien aufgelöst werden. Hat der Konflikt die Stufen vier bis sechs erreicht kann nur eine Konfliktpartei als Sieger hervorgehen, während die andere ihre Interessen nicht mehr umsetzen kann. Ein Konflikt, der die Stufen sieben bis neun erreicht hat, wird letztlich beiden Konfliktparteien schaden – es gibt in diesem Sinne keinen „Gewinner“ mehr.

Glasl geht in seinem Modell auch darauf ein, wann eine Mediation sinnvoll ist und wie sich das Verhalten der Konfliktparteien beschreiben lässt.



Abbildung 3: Graphische Darstellung der Eskalationsstufen nach Glasl (Quelle: [www.humanfocus.at/de/downloads/Eskalationsstufen.pdf](http://www.humanfocus.at/de/downloads/Eskalationsstufen.pdf))

## Quellen

- Altwater, Elmar (1999): Menschenrechte und Bomben oder die Militarisierung der Politik, in: Albrecht, Ulrich/ Schäfer, Paul (Hrsg.): Der Kosovo-Krieg, Köln.
- Angus Reid Public Opinion (2006): Serb Bosnians support independence. (7.10.2006), [http://www.angus-reid.com/polls/9153/serb\\_bosnians\\_support\\_independence/](http://www.angus-reid.com/polls/9153/serb_bosnians_support_independence/) [4.12.2011]
- Auswärtiges Amt (2010): Kosovo: Reise- und Sicherheitshinweise. <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Laenderinformationen/00-SiHi/KosovoSicherheit.html?nn=349750#doc349678bodyText1> [14.1.2011]
- Bahr, Egon/ Mutz, Reinhard (2010): Do We Need a New European Security Culture? Why the Best of Détente Is Yet to Come, In: OSCE Yearbook 2009, Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg / IFSH (ed.), Baden-Baden, S. 61-98.
- BBC (2010): Regions and territories: Kosovo. [http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/country\\_profiles/3524092.stm](http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/country_profiles/3524092.stm) [4.1.2011]
- BBC (2011): Serbia and Kosovo meet in Brussels for EU-backed talks. <http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-12672846> [28.6.2011]
- Bilke, Nadine (2003): Friedensjournalismus - Möglichkeit oder Utopie? <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=0279> [28.6.2011]
- Bohnet, Henri/ Gold, Johannes (2010): Die Limaj-Affäre: Bewährungsprobe für Kosovos Premier Thaçi und die EULEX (1.6.2010), Konrad Adenauer Stiftung, [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_19752-1522-1-30.pdf?100601162439](http://www.kas.de/wf/doc/kas_19752-1522-1-30.pdf?100601162439) [9.1.2011]
- Clewing, Konrad (2000): Mythen und Fakten zur Ethnostruktur in Kosovo – Ein geschichtlicher Überblick, in: Reuter, Jens/ Clewing, Konrad (Hrsg.): Der Kosovo Konflikt, Klagenfurt, S. 17-54.
- Clewing, Konrad (2008): Zur Kontinuität des Kosovo-Konfliktes 1878 bis 2008, in: Chiari, Bernhard/ Keßelring, Agilolf (Hrsg.): Wegweiser zur Geschichte Kosovo, Paderborn.
- Council of Europe (2010): Parliamentary Assembly Council Of Europe: Recommendation 1923 (22.6.2010), <http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/AdoptedText/ta10/EREC1923.htm> [9.1.2011]
- Crisis Group (2009): Serb Integration in Kosovo: Taking the Plunge (12.5.2009) <http://www.crisisgroup.org/en/regions/europe/balkans/kosovo/200-serb-integration-in-kosovo-taking-the-plunge.aspx> [9.1.2011]
- Czapliński, Marcin (2010): The OSCE in the New International Environment in Kosovo, In: OSCE Yearbook 2009, Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg / IFSH (ed.), Baden-Baden, S. 179-189.
- Dealing with the Past (2011): <http://dwp-kosovo.info/en/> [28.6.2011]
- Deutsche Botschaft Prishtina (2010): Wirtschaftsübersicht Kosovo. [http://www.pristina.diplo.de/Vertretung/pristina/de/05/Wi\\_20Uebersicht/Wirtschafts\\_C3\\_BCbbersicht\\_20Kosovo.html](http://www.pristina.diplo.de/Vertretung/pristina/de/05/Wi_20Uebersicht/Wirtschafts_C3_BCbbersicht_20Kosovo.html) (5.12.2010)
- Deutsche Welle (2008): Jahresbericht DW-Akademie 2008. [http://www.dw-world.de/popups/popup\\_pdf/0,,5188947,00.pdf](http://www.dw-world.de/popups/popup_pdf/0,,5188947,00.pdf) (22.4.2011)
- Deutschlandradio (2009): „Es würde grundlegende Menschenrechte verletzen“ (15.12.2009) [http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview\\_dlf/1088085/](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/1088085/) [28.6.2011]
- Die Presse (2011): [http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/540045/Friedensforscher\\_Kosovo-nach-Schweizer-Modell-teilen](http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/540045/Friedensforscher_Kosovo-nach-Schweizer-Modell-teilen) [28.6.2011]

- Eisele, Manfred (2000): Die Vereinten Nationen und Kosovo, in: Reuter, Jens/ Clewig, Konrad (Hrsg.): Der Kosovo Konflikt, Klagenfurt, S. 17-64.
- Ekonom: east Media Group (2011): <http://www.emg.rs/en/news/serbia/149470.html> [28.6.2011]
- EULEX (2010): Committed to Kosovo's European Future. EU-Factsheet (26.10.2010) <http://www.eulex-kosovo.eu/docs/info/EU-Factsheet-ENG.pdf> (5.12.2010)
- EurActiv.com (2010): EU-Kosovo-Mission verstärkt Korruptionsbekämpfung (30.7.2010) <http://www.euractiv.com/de/erweiterung/eu-kosovo-mission-verstaerkt-korruptionsbekaempfung-news-496839> (22.4.2011)
- Europäisches Parlament (2007): Reaktionen auf den Ahtisaari-Plan: Europa-Parlamentarier und die Zukunft des Kosovo. (19.2.2007) <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20070209STO02968+0+DOC+XML+V0//DE> [12.1.2011]
- European Commission Liaison Office to Kosovo (2011): How is the EU represented in Kosovo? <http://www.delprn.ec.europa.eu/?cid=2,41> [9.1.2011]
- forumZFD (2011): [http://forumzfd-akademie.de/files/va\\_media/nid1510.media\\_filename.pdf](http://forumzfd-akademie.de/files/va_media/nid1510.media_filename.pdf) [28.6.2011]
- Galtung, Johan (2004): Transcend and Transform. An Introduction to Conflict Work, London.
- Glasl, Friedrich (2004): Konfliktmanagement, in: [http://www.hsfk.de/downloads/Glasl\\_fertig.PDF](http://www.hsfk.de/downloads/Glasl_fertig.PDF) [17.11.2010]
- Gießener Monitoringgruppe (2010): [www.uni-giessen.de/cms/fbz/fb03/institute/institut-fur-politikwissenschaft/forschung/gim](http://www.uni-giessen.de/cms/fbz/fb03/institute/institut-fur-politikwissenschaft/forschung/gim) [6.12.10]
- Grimme Institut (2007): 43. Adolf-Grimme-Preis 2007 für Türkisch für Anfänger, Begründung der Jury. <http://www.grimme-institut.de/html/index.php?id=498> [13.1.2011]
- Hetzer, Armin (2000): Kultur und Konflikt in Kosovo, in: Reuter, Jens/ Clewig, Konrad (Hrsg.): Der Kosovo Konflikt, Klagenfurt, S. 105-116.
- HIK (2010): Heidelberg Institute for International Conflict Research, Conflict Barometer 2009. [http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer\\_2009.pdf](http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2009.pdf) [9.1.2011]
- HIK (2011): Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung, Conflict Barometer 2010. <http://en.calameo.com/books/000191109f028c1b3a597> [9.1.2011]
- Institut für Friedenspädagogik (2011): Preisverleihung an August-Bebel-Gesamtschule. <http://friedenspaedagogik.de/blog/?s=Streitschlichter&SearchButtonImage.x=0&SearchButtonImage.y=0&SearchButton=Suche> [28.6.2011]
- International Steering Group for Kosovo (2011): ISG Fact Sheet. <http://www.icos-kos.org/pdf/ISG.pdf> [9.1.2011]
- Kramer, Helmut/ Dzihic, Vedran (2005): Die Kosovo Bilanz, Wien.
- KIPRED (2006): Kosovar Institute for Policy Research and Development, Integration of minority communities in the post status Kosovo. [http://www.kipred.net/web/upload/Integration\\_of\\_minority\\_communities\\_in\\_the\\_post\\_status\\_Kosovo.pdf](http://www.kipred.net/web/upload/Integration_of_minority_communities_in_the_post_status_Kosovo.pdf) [28.6.2011]
- Malcom, Noel (2002): Kosovo – A short history, London.
- Nansen Dialogue Network (2011): <http://www.nansen-dialogue.net/knd/> [28.6.2011]
- NATO (2010): NATO's role in Kosovo. [http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics\\_48818.htm](http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_48818.htm) [8.12.2010]

- OSCE (2005): OSCE Mission in Kosovo, Overview. <http://www.osce.org/kosovo/item/43378> [9.1.2011]
- OSCE (2007): Parallel Structures in Kosovo 2006-2007 (4.4.2007). [http://www.osce.org/documents/mik/2007/04/23925\\_en.pdf](http://www.osce.org/documents/mik/2007/04/23925_en.pdf) [1.8.2011]
- OSCE (2008): The Bolzano/ Bozen Recommendations on National Minorities in Inter-State Relations & Explanatory Note. <http://www.osce.org/hcnm/33633> [28.6.2011]
- Pack, Doris (2010): Enschließung des Europäischen Parlaments zur Lage in Bosnien und Herzegowina (24.3.2010). [http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009\\_2014/documents/afet/re/810/810323/810323de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/afet/re/810/810323/810323de.pdf) [12.1.2011]
- Parlament des Kosovo (2008): Verfassung des Kosovo (15.6.2008). <http://kushtetutakosoves.info/repository/docs/Constitution.of.the.Republic.of.Kosovo.pdf> (5.12.2010)
- Partners Global (2011): <http://www.partnersglobal.org/network/kosovo> [28.6.2011]
- Pichler, Robert (2008a): Serben und Albaner im 20. Jahrhundert, in: Chiari, Bernhard/ Keßelring, Agilolf (Hrsg.): Wegweiser zur Geschichte Kosovo, Paderborn, 57-66.
- Pichler, Robert (2008b): Parallelgesellschaftliche Strukturen im Kosovo 1989-1999, in: Chiari, Bernhard/ Keßelring, Agilolf (Hrsg.): Wegweiser zur Geschichte Kosovo, Paderborn, S.151-160.
- Robelli, Enver: Parlamentswahlen in Kosovo. In: Süddeutsche Zeitung vom 12.12.2010. <http://www.sueddeutsche.de/politik/parlamentswahlen-im-kosovo-premier-thaci-offenbar-vorn-1.1035346> [5.1.2011]
- Rossbacher, Dina (2004): Friedenssicherung - am Beispiel der Interimsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK), Hamburg.
- Scheffran, Jürgen (1999): Vom Konflikt zur Katastrophe – Wie die NATO die Gewaltspirale im Kosovo verstärkte, in: Albrecht, Ulrich/ Schäfer, Paul (Hrsg.): Der Kosovo-Krieg, Köln.
- Schmitt, Jens (2008): Kosovo – Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft, Köln.
- Schrader, Lutz (2009): Konfliktportrait Mazedonien. (23.12.2009). <http://www.bpb.de/themen/589YLN,0,0,%ADMazedonien.html> (4.12.2010)
- Schüler helfen Leben (2011): [http://www.schueler-helfen-leben.de/de/home/stiftung/projekte/shl\\_kosova.html](http://www.schueler-helfen-leben.de/de/home/stiftung/projekte/shl_kosova.html) [28.6.2011]
- Statistisches Amt Kosovo (2011): Key indicators of Population. <http://esk.rks-gov.net/eng> [4.1.2011]
- Statistisches Bundesamt (2009): Ausländische Bevölkerung, Fachserie 1, Reihe 2. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendischeBevoelkerung/Aktuell,templateId=renderPrint.psm> [4.1.2011]
- Südosteuropa-Gesellschaft (2011): [www.suedosteuropa-gesellschaft.com](http://www.suedosteuropa-gesellschaft.com) [28.6.2011]
- Sundhaussen, Holm (2000): Kosovo – Eine Konfliktgeschichte, in: Reuter, Jens / Clewig, Konrad (Hrsg.): Der Kosovo Konflikt, Klagenfurt, S.65-88.
- Sydow, Björn von (2010): The situation in Kosovo and the role of the Council of Europe (7.6.2010). [http://assembly.coe.int/main.asp?Link=/documents/workingdocs/doc10/edoc12281.htm#P488\\_60090](http://assembly.coe.int/main.asp?Link=/documents/workingdocs/doc10/edoc12281.htm#P488_60090) [4.1.2011]

- tagesschau.de (2008): Milliardenhilfe für das Kosovo, (11.7.2008).  
<http://www.tagesschau.de/ausland/kosovo300.html> [9.1.2011]
- Tanner, Adam (2010): Kosovo independence declaration deemed legal. (22.7.2010).  
<http://www.reuters.com/article/idUSTRE66L01720100722> [12.1.2011]
- transcend.org (2011): <http://www.transcend.org/tms/2008/11/antonio-c-s-rosa-interviews-lars-thyholdt-about-sabona-a-conflict-resolution-program-being-applied-to-school-children-in-norway-sabona-is-a-practical-application-of-the-transcend-method-of-conflict/> [28.6.2011]
- Troebst, Stefan (2008): Konflikt und Krieg 1989-1999, in: Chiari, Bernhard/ Keßelring, Agilolf (Hrsg.): Wegweiser zur Geschichte Kosovo, Paderborn, S.67-78.
- UN Security Council (2004): Implementing 'Standards before Status' Policy Core Political Project (6.2.2004). <http://www.un.org/News/Press/docs/2004/sc7999.doc.htm> [12.1.2011]
- UNDP (2011): <http://www.kosovo.undp.org/?cid=2,26,1041> [28.6.2011]

## Impressum

Gießener Monitoringprojekt  
Kontakt: Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach  
[Hanne.Birckenbach@sowi.uni-giessen.de](mailto:Hanne.Birckenbach@sowi.uni-giessen.de)  
Gießen / Oktober 2011